



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2013

Roman Waizenegger

Die Freien Wähler und der Rechtspopulismus

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
WS 2012/2013



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN



Bachelorarbeit

für den BA-Studiengang Politikwissenschaft
an der LMU München

Die Freien Wähler und der Rechtspopulismus.

Verfasser: Roman Waizenegger
Matr.-Nr.: 10100638
Adresse: Virchowstr. 20
80805 München
Telefon: 0176/56597274
E-Mail: roman.waizenegger@hotmail.de

Gutachterin: Frau Dr. Tanja Zinterer
Adresse: Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München
Oettingerstr. 67
80538 München
E-Mail: zinterer@gsi.uni-muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	III
1 Einleitung	1
2 Rechtspopulismus: Korrektiv oder Gefahr	2
2.1 Begriffsabgrenzung	2
2.1.1 Populismus	2
2.1.2 Rechtspopulismus	4
2.1.3 Rechtsradikalismus	4
2.1.4 Rechtsextremismus	5
2.2 Lage des Rechtspopulismus	6
2.2.1 Situation in Europa	6
2.2.2 Situation in Deutschland	8
2.3 Parteiensystem im Wandel	9
2.3.1 Wahlnachfrage - Wählerklientel des Rechtspopulismus	12
2.3.2 Parteiangebot - Merkmale des Rechtspopulismus	17
2.3.2.1 Merkmale des Populismus	17
2.3.2.2 Spezifische Merkmale des Rechtspopulismus	22
3 Freie Wähler: Partei wider Willen	25
3.1 Begriffsabgrenzung	25
3.1.1 Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V.	26
3.1.2 Bundesvereinigung FREIE WÄHLER	28
3.2 Wählergemeinschaften im politischen System Deutschlands	31
3.2.1 Kommunale Ebene	31
3.2.2 Landes-, Bundes- und Europaebene	34
3.3 Ziele der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER	36
3.3.1 Kriterien des Populismus	36
3.3.2 Kriterien des Rechtspopulismus	42
4 Schlussbetrachtung	45
Literaturverzeichnis	49
Erklärung	54

Abbildungsverzeichnis

Abb.		Seite
1	Wählerpotential rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa	8
2	Familiotypologie der Parteien	9
3	Typologie rechtspopulistischer Parteien	10
4	Bestimmungsfaktoren des Parteiensystemwandels	11
5	Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V.	27
6	Logo Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V.	28
7	Logo Bundesvereinigung FREIE WÄHLER	31
8	Stimmenanteile Wählergemeinschaften BW, BY, RP	32
9	Stimmenanteile Wählergemeinschaften HE, SL, NI, NW	33
10	Zweitstimmenergebnisse der Wählergemeinschaften bei Landtagswahlen	35
11	Populistische Kriterien der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER	46
12	Rechtspopulistische Kriterien der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER	47

Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
§	Paragraph
§§	Paragraphen
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BB	Brandenburg
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BE	Berlin
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BWG	Bundeswahlgesetz
BY	Bayern
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Dr.	Doktor
e.V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
f.	fortfolgende
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgenden
FN	Front National
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GG	Grundgesetz
HB	Bremen

HE	Hessen
HH	Hamburg
insb.	insbesondere
lat.	lateinisch
LWG	Landeswahlgesetz
MdL	Mitglied des Landtages
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
NW	Nordrhein-Westfalen
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PartG	Parteiengesetz
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Prof.	Professor
RP	Rheinland-Pfalz
SaZ	Saarbrücker Zeitung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
sog.	so genannte(en)
ST	Sachsen-Anhalt
StZ	Stuttgarter Zeitung
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZ	Süddeutsche Zeitung
TH	Thüringen
u.a.	unter anderem
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

Der Rechtspopulismus ist ein europaweites Phänomen. Ein Blick in die europäischen Parlamente zeigt, dass rechtspopulistische, mitunter rechtsradikale und rechtsextreme Parteien heutzutage eine feste Größe in der europäischen Parteienlandschaft sind. Sie erzielen u.a. in Österreich, Schweiz, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Schweden, Polen und Ungarn immer wieder beachtliche Wahlerfolge. Deutschland bildet dabei eine Ausnahme. Das Wählerpotential ist auch hier vorhanden, allerdings konnte der Rechtspopulismus trotz zahlreicher Anknüpfungspunkte bislang kaum Erfolge erzielen. In diesem Zusammenhang sind die Parteien *Bund freier Bürger*, *Partei rechtsstaatlicher Offensive*, *Pro-Bewegung* und *Die Freiheit* zu nennen.

Die rechtspopulistischen Parteien erkennen im Gegensatz zu den rechtsextremistischen Parteien die freiheitlich demokratische Grundordnung an. Sie grenzen sich jedoch vom politischen Establishment ab, neigen zu Tabubrüchen und verfügen über eine zentrale Führungsfigur. Die rechtspopulistischen Parteien fördern außerdem durch klare Feindbilder ein Wir-Gefühl, heben eine direkte Verbindung von Volk und Regierenden hervor, preisen eine unmittelbare Volksbeteiligung und stellen ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihres Programms.

Die Freien Wähler vollziehen aktuell unter ihrem Vorsitzenden Hubert Aiwanger MdL eine Transformation. Das Selbstbewusstsein der Freien Wähler stammt aus ihren teils beachtlichen Wahlerfolgen in der Kommunalpolitik. Dort wird ihnen eine unabhängige, sachbezogene und bürgernahe Politik bescheinigt. Der Wahlerfolg der Freien Wähler bei der Landtagswahl 2008 in Bayern mündete schließlich in die Gründung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER. Sie ist eine aus der Kommunalpolitik heraus entstandene Partei.

Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER fordert eine Stärkung der direktdemokratischen Elemente und eine Begrenzung des Einflusses der Parteien auf Politik und Gesellschaft. Im Bereich der inneren Sicherheit plädiert sie für ein konsequentes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität und für eine schonungslose Ausschöpfung des Strafrahmens. Ein neues und zugleich ihr derzeit liebstes Betätigungsfeld ist die Europapolitik. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER tritt insb. gegen die nach ihrer Meinung verfehlte Euro-Politik der etablierten Parteien auf. Sie hat sich u.a. an der Verfassungsklage gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus beteiligt. Hubert Aiwanger vereinigt innerhalb der Freien Wähler wichtige Ämter in seiner Person. Er besitzt eine herausragende Schlüsselposition und entscheidet maßgeblich, wo der weitere Weg der Freien Wähler hingeht.

Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien bei politisch brisanten oder komplexen Themen spiegelt sich in einem

Erstarken der politischen Randpositionen. Das Wählerpotential einer rechtspopulistischen Partei ist in Deutschland vorhanden. Wer vermag dieses Potential zu binden? Die gemachten Ausführungen verleiten zu der Hypothese, dass die Partei *Bundesvereinigung FREIE WÄHLER* sich in einem Transformationsprozess zu einer rechtspopulistischen Partei befindet.

Im Rahmen der Bachelorarbeit soll die aufgeworfene Fragestellung näher untersucht werden. Im Theorieteil wird der Begriff Rechtspopulismus abgegrenzt, präzisiert sowie die aktuelle Situation des Rechtspopulismus in Europa und Deutschland aufgezeigt. Es folgen die Bestimmungsfaktoren des Parteiensystemwandels unter besonderer Berücksichtigung der rechtspopulistischen Thematik. In diesem Zusammenhang wird auf die Wählerklientel und die Merkmale des Rechtspopulismus eingegangen. Die Merkmalsabgrenzung orientiert sich dabei an der Arbeit von Florian Hartleb (2004). Er identifiziert acht populistische und sechs rechtspopulistische Merkmale. Im Empirieteil erfolgt dann die Analyse der Fragestellung. Zum besseren Verständnis wird zunächst der Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V. von der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER abgegrenzt. Danach wird die Situation der Wählergemeinschaften im politischen System Deutschlands aufgezeigt. Die eigentliche Analyse erfolgt unter Abschnitt 3.3, wo die Ansichten und Äußerungen der Freien Wähler den vierzehn Merkmalen des Rechtspopulismus gegenübergestellt werden. Die Schlussbetrachtung schließt sich an.

Die Methodenwahl erstreckt sich über die Analyse von Fachliteratur, Dokumenten, Zeitschriften und Zeitungen. Die Bearbeitung des Empirieteils erfolgt anhand von Dokumenten, wie dem Grundsatzprogramm der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER und Zeitungen. Der Fokus in den Zeitungsartikeln liegt bei den Funktionsträgern der Partei, welche mit ihren Handlungen und Entscheidungen die Politik der Freien Wähler maßgeblich bestimmen. Es wird Wert gelegt auf wörtliche Zitate, welche die Ansichten unverfälscht wiedergeben. Die Aktualität des Themas bedingt, dass gerade Fachliteratur über den Transformationsprozess der Freien Wähler nicht ausreichend zur Verfügung steht.

2. Rechtspopulismus: Korrektiv oder Gefahr

2.1 Begriffsabgrenzung

2.1.1 Populismus

Populismus ist ein unklarer Begriff. Er ist der Alltagssprache entnommen und jeder meint zu wissen, was unter ihm zu verstehen ist. Eine präzise Definition ist jedoch nur schwer möglich. Eine Unterscheidung in Rechts- und Linkspopulismus kann zur Begriffsklärung beitragen. Im politischen Diskurs wird er oft negativ besetzt und als Schimpfwort verwendet. Im positiven Sinn „gilt der Populist als jemand, der die Pro-

bleme der kleinen Leute versteht, sie artikuliert und direkt mit dem Volk kommuniziert“ (Hartmann 2011: 53). Im negativen Sinn ist er jemand, der dem Volk nach dem Mund redet. Der Populismus ist nicht schlecht, solange er innerhalb des demokratischen Spektrums bleibt. Es kann ihm dann sogar ein emanzipatorischer Impuls zugrunde liegen (Hartleb 2004: 62).

Der Populismus gründet auf einer Protesthaltung gegen *die da oben*, das politische und gesellschaftliche Establishment. Die populistischen Themen stammen aus Resentiments, die in der Bevölkerung verbreitet sind wie Antikapitalismus oder Antiglobalisierung. Der Populismus greift vor allem diejenigen Forderungen auf, welche die etablierten Parteien vernachlässigen. Das Argumentationsmuster des Populismus ist geprägt von einer starken Vereinfachung komplexer Sachverhalte. Er überträgt politische Sachverhalte auf ein alltägliches Erlebnis, das leicht zu verstehen ist. Er stützt sich auf die entpolitisierten Gesellschaftsschichten, die sich durch seine Komplexitätsreduktion verstanden fühlen. Er verspricht schnelle und einfache Lösungen. Seine moralische Welt besteht nur aus Schwarz oder Weiß (Hartleb 2004: 63 f.).

Der Populismus spricht dem Volk die Fähigkeit zu, die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Er täuscht vor, den wahren Volkswillen zu vertreten und diesen unverfälscht wiederzugeben. Hier wird die Zwiespältigkeit des Populismusbegriffs sichtbar. Der lat. Wortstamm *populus* bedeutet Volk und verkörpert per se demokratische Ideale. Das Suffix *-ismus* beinhaltet jedoch eine Zuspitzung, welche sich gegen die Normen des demokratischen Verfassungsstaates richten kann (Hartmann 2011: 54 f.). Das Gemeinwohl wird in der pluralistischen Demokratie erst durch die politische Auseinandersetzung definiert und steht nicht von vorneherein fest. Der Populismus birgt daher die Gefahr, durch den Bezug auf den homogenen Volkswillen die Demokratie von innen auszuhöhlen.

Der Populismusbegriff kann in eine technische, inhaltliche, personelle und mediale Dimension unterteilt werden. Florian Hartleb (2004: 68 f.) fasst diese vier Dimensionen in seiner Populismusdefinition wie folgt zusammen:

„Populismus, der in den Varianten des Rechts- und Linkspopulismus seit Ende der 1960er Jahre im westeuropäischen Kontext auftaucht, bezeichnet Parteien und Bewegungen, die sich - medienkompatibel, polarisierend und (angeblich) moralisch hochstehend - mittels einer charismatischen Führungsfigur als die gegen Establishment und etablierte Parteien gerichtete *Stimme des homogen verstandenen Volkes* ausgeben und spezifische Protestthemen mobilisieren“.

2.1.2 Rechtspopulismus

Der Rechtspopulismus vereint Bestrebungen, welche an die *einfachen Leute* und nicht an bestimmte Schichten, Berufsgruppen oder Interessen appellieren (Butterwegge 2002: 23). Er präsentiert sich als deren Anwalt und gibt sich betont volkstümlich. Er ist eine klassenübergreifende Bewegung, antielitär, anti-intellektuell, anti-urban und liberal (Jaschke 2001: 31). Der Rechtspopulismus missbilligt die Regeln der repräsentativen Demokratie. Er diffamiert insb. die Politiker, welche den Volkswillen verfälschen, indem sie sich zwischen das Volk und die Führung drängen. Er strebt jedoch keine radikale Umwälzung der politischen Ordnung an. Er möchte nach eigener Façon vielmehr eine multikulturelle Gesellschaft verhindern und die Staatsgewalt stärken (Hartleb 2004: 109). Der Rechtspopulismus sieht in den Privilegierten und den Randgruppen die Sündenböcke für soziale Missstände (Hartleb 2004: 142).

Der Rechtspopulismus stellt zwei wesentliche Aspekte in den Mittelpunkt seiner Agitation. Der vertikale Aspekt ist ein Merkmal des allgemeinen Populismus: *Wir gegen die da oben*. Er richtet sich gegen die politische Klasse. Der horizontale Aspekt ist bezeichnend für den Rechtspopulismus: *Wir gegen die da draußen*. Er richtet sich im speziellen gegen Fremde, Kriminelle und Immigranten (Hartleb 2004: 142).

Der moderne Rechtspopulismus ist eine Reaktion auf das strategische Versagen einer bürgerlich-konservativen Großpartei, die es nicht mehr vermag ihre rechtskonservative Stammklientel zu binden (Hartleb 2004: 111).

Der Populismus sollte nicht mit dem politischen Extremismus oder Radikalismus verwechselt werden. Es lassen sich allerdings in gewissen Punkten Überschneidungen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nachweisen. Der Rechtspopulismus kann extremistische, aber auch nicht-extremistische Züge haben. Die folgenden Beispiele von europäischen und deutschen Parteien sollen die Problematik aufzeigen. Die Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden war populistisch, aber nicht extremistisch oder radikal. Der Vlaams Belang in Belgien und die Front National in Frankreich sind populistisch und extremistisch. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist extremistisch, aber nicht populistisch (Hartleb 2004: 111 f.).

2.1.3 Rechtsradikalismus

Der Ausdruck *radikal* stammt vom lat. Wort *radix*, was soviel bedeutet wie Wurzel oder Ursprung. Er besaß in der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution eine positive Bedeutung. Die so bezeichnete Politik zielte darauf ab, das Übel an der Wurzel zu packen, um gesellschaftliche Missstände zu beseitigen (Butterwegge 2002: 19).

Der Radikalismus steht für Bestrebungen, der Absichten verfolgt, welche an sich nicht antidemokratisch sind, aber außerhalb des demokratischen Mehrheitskonsenses liegen.

Der Radikalismus markiert eine Grauzone. Die Radikalen teilen mit der breiten politischen Masse u.a. das Demokratieprinzip, die Rechtsgarantie sowie die Grund- und Menschenrechte (Hartleb 2004: 113).

Der Rechtsradikalismus ist die rechtsgerichtete Variante des politischen Radikalismus. Er bündelt Bestrebungen, welche die demokratische Ordnung per se nicht in Frage stellen, jedoch mit rückwärtsgewandten und nationalistischen Tönen der Verfassungswirklichkeit gezielt entgegentreten. Der Rechtsradikalismus besetzt zumeist eine Antiposition gegen die Moderne, richtet sich gegen Individualismus und Pluralismus und gegen alles Fremde. Er versucht eine kollektive Identität durch die Ausgrenzung von Anderen herzustellen. Der Rechtsradikalismus ist verfassungskonform und bezeichnet ein gerade noch verfassungsgemäßes Handeln. Der Übergang zum Rechtsextremismus verläuft jedoch fließend (Hartleb 2004: 114).

Die staatliche Definition trennt zwischen verfassungsfeindlichen Extremisten und verfassungskonformen bzw. -kritischen Radikalen. Die Beobachtungsobjekte der Behörden sind allerdings nur extremistische Strömungen und nicht radikale Auffassungen. Der Verfassungsschutz hat keinen Beobachtungsauftrag, sofern bei radikalen Gruppierungen keine verfassungsfeindlichen Anhaltungspunkte vorliegen. Es liegt aber im Bereich des Möglichen, dass eine radikal politisch motivierte Tat, eine Vorstufe zu extremistischen Handlungen darstellt (Grumke 2007: 21).

2.1.4 Rechtsextremismus

Das Wort *extremistisch* stammt vom lat. Wort *extremus* ab, dem Superlativ von *exterus* zu Deutsch außen. Es bezeichnet die äußerste Randposition im Verhältnis zur angenommenen Mitte des politischen Spektrums (Butterwegge 2002: 19).

Der Begriff Rechtsradikalismus wurde von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder während des Kalten Krieges verwendet. Seit Mitte der 1970er Jahre wird in den Verfassungsschutzberichten ausschließlich vom Rechtsextremismus gesprochen (Butterwegge 2002: 18). Der Verfassungsschutz spricht vom politischen Extremismus als Sammelbegriff für politische Gesinnungen, die den demokratischen Verfassungsstaat bekämpfen. Die politischen Bestrebungen richten sich gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die das Bundesverfassungsgericht in den 1950er Jahren ausgeführt hat. Die Extremisten wollen das demokratische System überwinden (Grumke 2007: 20). Der Rechtsextremismus ist die rechtsgerichtete Variante des politischen Extremismus. Er ist verfassungswidrig und bezeichnet ein Handeln außerhalb des demokratischen Mehrheitskonsenses (Hartleb 2004: 114).

Der staatliche Rechtsextremismusbegriff ist eindimensional und bezieht sich lediglich auf die Verhaltensebene. In der Politikwissenschaft wird das Phänomen des Rechtsextremismus, nach Stöss, dagegen in die Verhaltens- und die Einstellungsebene unterteilt. Das rechtsextreme Einstellungsmuster umfasst: Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Pro-Nazismus. Die Verhaltensebene schließt das Wahlverhalten, die Mitgliedschaft in Organisationen, die Gewaltbereitschaft und den öffentlichen Protest ein (Grumke 2007: 23).

Der Rechtsextremismus vereint Bestrebungen, welche die demokratische Ordnung gezielt abschaffen wollen und vor verfassungswidrigen Mitteln nicht zurückschrecken. Er verneint das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit, ist aggressiv gegenüber ethnischen Minderheiten und besitzt ein rassistisches Weltbild. Der deutsche Rechtsextremismus hat fünf markante Merkmale. Er besitzt die Vorstellung einer völkischen Gemeinschaft und hat eine mangelnde Distanz zum Dritten Reich. Er huldigt der eigenen Nation, ist fremdenfeindlich und diffamiert demokratische Institutionen sowie deren Repräsentanten (Hartleb 2004: 112 f.).

2.2 Lage des Rechtspopulismus

2.2.1 Situation in Europa

Die westeuropäischen Parteiensysteme waren über den größten Teil des 20. Jahrhunderts nahezu statisch. Das Konkurrenzmuster der Parteienfamilien entsprach auch Ende der 1960er Jahre noch den vier prägenden Konfliktlinien der Wähler aus dem 19. Jahrhundert. Im Verlauf der 1970er Jahre begannen dann die eingefrorenen Parteiensysteme aufzutauen. Die grün-alternativen sowie die rechtspopulistischen Parteienfamilien begannen sich in den westeuropäischen Staaten zu etablieren. Die Entstehungsgeschichte der rechtspopulistischen Parteien war alles andere als ein kontinuierlicher Prozess. Die elektorale Entwicklung wird in Anlehnung an Hainsworth in drei Phasen unterteilt: „die Phase der Marginalität, die Phase des elektoralen Durchbruchs und die Phase der Etablierung“ (Spier 2010: 27 f.).

Die Phase der Marginalität dauerte bis Mitte der 1980er Jahre. Einige heute noch erfolgreiche rechtspopulistische Parteien beteiligten sich schon damals an Parlamentswahlen. Von einer geschlossenen Parteienfamilie konnte aber noch nicht die Rede sein. Der ideologische Ursprung jener Parteien war zu heterogen. Es finden sich darunter Parteien aus dem rechtsradikalen Milieu wie Front National und Vlaams Blok (heute Vlaams Belang) oder aus der liberalen und konservativen Parteienfamilie wie FPÖ und SVP. In Dänemark und Norwegen waren Anfang der 1970er Jahre die Fortschrittsparteien aus Protestformationen gegen Steuern und Bürokratie entstanden. Alle diese Parteien konnten in der ersten Phase einen Wähleranteil von durchschnittlich fünf Pro-

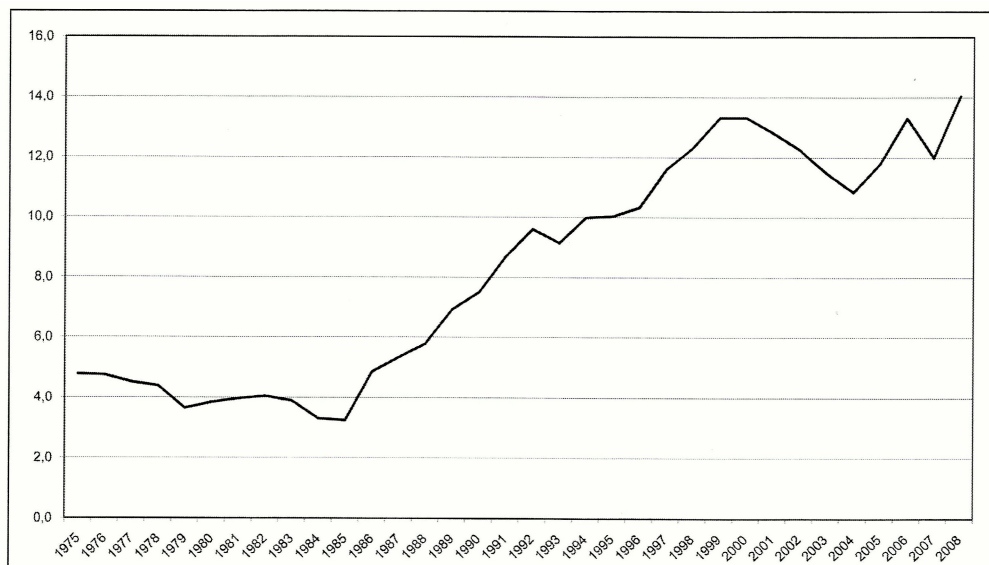
zent nicht überschreiten. Sie galten zudem in ihren Parteiensystemen als nicht koalitionsfähig (Spier 2010: 29 ff.).

Der elektorale Durchbruch fiel in die Mitte der 1980er Jahre. Der Front National erzielte bei den Europawahlen im Jahr 1984 landesweit 11,1 %. Der Partei war es gelungen das Thema Immigration zu besetzen. Sie machten die Zuwanderer für die sozialen Probleme im Land verantwortlich. Das Jahr 1986 war auch für die FPÖ der Wendepunkt. Der charismatische Jörg Haider wurde zum Parteivorsitzenden gewählt und erzielte bei den Nationalratswahlen 1986 mit 9,7 % ein Rekordergebnis. Die Abkehr vom Liberalismus und die Hinwendung zum populistischen Politikstil gegen Bürokratie und Parteienstaat ließ die Stimmenzahl ansteigen. Diese beiden Parteien wurden somit zum Vorbild einer neuen Parteifamilie. Der flämische Vlaams Blok erreichte bei den Parlamentswahlen 1991 mit Ressentiments gegenüber Immigranten belgienweit 6,6 %. Die nordischen Fortschrittsparteien griffen die Immigrationsthematik auf und konnten somit elektoral zulegen. Im Jahr 1991 wurde in Italien die rechtspopulistische Formation Lega Nord gegründet. Ihre aggressive Rhetorik gegenüber Immigranten und die Unabhängigkeitsbestrebungen beflügelten ihre Wahlergebnisse. Die Nationalratswahl 1991 in der Schweiz, bei der drei rechtspopulistische Formationen zusammen fast zehn Prozent auf sich vereinigen konnten, war ein Auslöser für die Transformation der SVP hin zu einer solchen Gruppierung. Christoph Blocher beeinflusste diesen Prozess maßgeblich mit der Gegnerschaft zur EU und einer Ablehnung der Immigration. Die Neuausrichtung der SVP ließ die Wahlergebnisse kontinuierlich anwachsen. Der elektorale Durchbruch der rechtspopulistischen Parteien ist nicht nur durch ansteigende Wahlergebnisse gekennzeichnet, sondern vor allem durch eine inhaltliche Konvergenz. Im Mittelpunkt ihrer Agitation standen zusehends Ressentiments gegenüber Immigranten, Kritik an Bürokratie und Parteienstaat sowie Law-and-order-Forderungen (Spier 2010: 32 ff.).

Die Phase der Etablierung setzte für die erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien am Ende der 1990er Jahre ein. Die hohen Wahlergebnisse und damit eine prinzipielle Koalitionsfähigkeit führten zur Anerkennung durch die bürgerlichen Parteien. Die Nationalratswahl 1999 in Österreich und die anschließende Regierungsbeteiligung der FPÖ kann als ein Beispiel für die Etablierung herangezogen werden. Die FPÖ wurde unter Jörg Haider mit 26,9 % zweitstärkste Kraft und bildete zusammen mit der ÖVP im Frühjahr 2000 eine Koalition. Im weiteren Verlauf schwächte jedoch die Regierungsbeteiligung die FPÖ. Bei der folgenden Nationalratswahl 2002 fiel sie auf zehn Prozent und im Jahr 2005 führte die zweite Koalition sogar zur Spaltung der Partei. Die SVP gehörte traditionell der *Zauberformel-Koalition* in der Schweiz an, die jeder größeren Partei feste Regierungssitze garantierte. Christoph Blocher verfolgte jedoch eine erfolgreiche Strategie der *Opposition in der Regierung*. Mit Referenden und Volksinitiativen

ven machte er Politik gegen die von der eigenen Partei getragenen Entscheidungen im Bundesrat. Nach der Parlamentswahl 2007 erklärte er die SVP sogar zur Oppositionspartei. In aller Regel schadet die Oppositionsrolle den rechtspopulistischen Parteien nicht. Sie können vielmehr ihre Anti-Establishment Politik weiter fortführen. Die Phase der Etablierung gestaltet sich für die rechtspopulistischen Parteien recht unterschiedlich. Einigen Parteien gelingt es weitere Stimmen hinzuzugewinnen, während andere in der Wählergunst verlieren. In den westeuropäischen Staaten kann sich seit Ende der 1990er Jahre, wie die Abb. 1 zeigt, trotzdem ein konstantes rechtspopulistisches Wählerpotential von 12 - 14 % halten (Spier 2010: 35 ff.).

Abbildung 1: Wählerpotential rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa



Quelle: Spier 2010: 28.

2.2.2 Situation in Deutschland

Die rechtspopulistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland besitzen bislang eine bescheidene Erfolgsbilanz. Sie traten spät in Erscheinung und erzielten erst in den 1980er Jahren ansehnliche Wahlergebnisse. Die Erfolge beschränkten sich dabei auf die Kommunal- und Länderebene und waren meist nur von kurzer Dauer. Die Republikaner konnten in den 1990er Jahren jedoch zweimal hintereinander in den Landtag von Baden-Württemberg einziehen. Der Sensationserfolg der Schill-Partei bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg bildet hierbei eine Ausnahme. Die Partei erzielte aus dem Stand 19,4 % und ließ Experten aufhorchen. Der sensationelle Wahlerfolg war wohl den besonderen Bedingungen eines Stadtstaates geschuldet (Decker 2004: 147).

„Das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland wirkt erstaunlich, wenn man ihm die Erfolgsbilanz der neuen Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern gegenüber stellt“ (Decker 2004: 148). Die Gründe für das Scheitern liegen in Deutschland vor allem im politischen Bereich. Der Föderalismus sorgt für ungünstige Rahmenbedin-

gungen, da die Wähler ihren Unmut nicht bei Bundestagswahlen, sondern eher bei Landtags- und Europawahlen äußern. Die Fünf-Prozent-Klausel reduziert zudem die Zugangschance von neuen Parteien beträchtlich. Ein weiteres Erfolgshindernis bildet die rechtsextreme Stigmatisierung, aber auch die eigene organisatorische Zersplitterung. Die Zerrissenheit des deutschen Rechtspopulismus trägt zufällige und strukturelle Ursachen. Ein zufälliger Faktor ist das Fehlen einer überzeugenden Führerfigur mit charismatischen Eigenschaften. Der strukturelle Faktor bezieht sich auf den reibungslosen Ablauf der parteiinternen Organisation. Die Partei kann an Richtungskämpfen zerbrechen, wenn eine geregelte Konfliktbewältigung nicht mehr gegeben ist. Eine rechtspopulistische Partei ist auch immer der Gefahr, einer rechtsextremen Unterwanderung ausgesetzt (Decker 2004: 148 ff.).

2.3 Parteiensystem im Wandel

Die Parteienforschung ist eine interdisziplinäre Wissenschaft, die sich mit der Erforschung von politischen Parteien beschäftigt. Im Zentrum steht seit jeher „die Frage nach dem Wandel von Parteien und Parteiensystemen“ (Stöss u.a. 2006: 8). Unter einem Parteiensystem versteht man „das strukturelle Gefüge der Gesamtheit der politischen Parteien in einem Staat“ (Nohlen 2009: 73).

Die Analyse des Parteiensystems kann anhand von Strukturmerkmalen stattfinden. Einzelne Strukturmerkmale lassen sich wiederum zu Systemtypologien verdichten (Stöss u.a. 2006: 11). Die Familientypologie unternimmt eine Dreiteilung der ideologischen Ausrichtung in Links, Mitte und Rechts. Die rechtspopulistischen Parteien gehören zum rechten Familientypus.

Abbildung 2: Familientypologie der Parteien

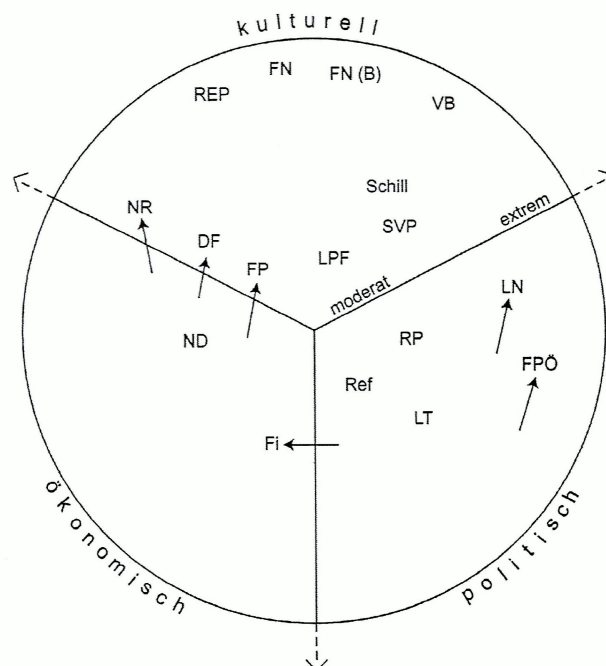
Ideologie	Richtung
Kommunistische Parteien	Links
Linkspopulistische Parteien	
Sozialistische Parteien	
Grüne bzw. Ökologische Parteien	
Sozialdemokratische Parteien	
Liberale Parteien	Mitte
Linksliberale Parteien	
Rechtsliberale Parteien	
Bauer- bzw. Agrarparteien	
Christliche Parteien	Rechts
Konservative Parteien	
Rechtspopulistische Parteien	
Rechtsextreme Parteien	

Quelle: Eigene Darstellung.

Frank Decker entwirft eine Typologie rechtspopulistischer Parteien. Er grenzt die unterschiedlichen Varianten des parteienförmigen Populismus mit Hilfe der zwei Merkma-

le Ideologie (kulturell, ökonomisch oder politisch) und Extremismusgrad voneinander ab. Der *politische* Rechtspopulismus zeichnet sich durch eine institutionelle Systemkritik mit einer breiten Palette an Reformvorschlägen aus. Im Zentrum der Systemkritik steht insb. die Einbindung des jeweiligen Staates in internationale Organisationen wie z.B. in die Europäische Union. Die EU-Thematik ist besonders zur populistischen Instrumentalisierung geeignet, da sie die kulturellen, ökonomischen und politischen Aspekte der Systemkritik bündelt (Decker 2004: 177 ff.).

Abbildung 3: Typologie rechtspopulistischer Parteien



Quelle: Decker 2004: 180.

Die Analyse des Wandels von Parteiensystemen ist komplex. In der Forschung besteht Konsens darüber, dass es heute keine festen Parteiensysteme mehr gibt. Die starken Bindungen zwischen Wählern und Parteien haben sich gelöst (Stöss u.a. 2006: 14). Die einzelnen Parteien stehen untereinander spürbar im Wettbewerb. Sie kämpfen mit ihren Programmen und Akteuren um die Stimmen der Wähler. Die Parteiensysteme in Westeuropa sind fluid geworden. Herbert Kitschelt zieht die *Cleavage-Theorie*¹ für die Analyse des Parteienwettbewerbs heran. Der Parteienwettbewerb vollzieht sich heute auch entlang einer neuen Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären politischen Konzepten (Stöss u.a. 2006: 15). Die Fragmentierung der Parteiensysteme hat durch die wachsende Volatilität des Wählerverhaltens in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Diese Entwicklung beruht in erster Linie auf einer veränderten sozialen Kon-

¹ Die Cleavage-Theorie wurde 1967 von Seymour Martin Lipset und Rokkan Stein entwickelt. Sie versucht die Entstehung und Entwicklung von europäischen Parteiensystemen anhand sog. Konfliktlinien (Cleavages) zu erklären. Lipset und Rokkan identifizierten vier wesentliche Konfliktlinien: Kapital vs. Arbeit, Kirche vs. Staat, Stadt vs. Land, Zentrum vs. Peripherie (Decker 2004: 168).

fliktstruktur. Die neuen Cleavages können in Verteilungs-, Wert- und Regionenkonflikte unterteilt werden (Decker 2004: 168 ff.).

Die Bestimmungsfaktoren für den Wandel des Parteiensystems sind vielfältiger Natur. Frank Decker unterteilt diese Faktoren in eine Nachfrage- und eine Angebotsseite. Die Nachfrage bezieht sich auf das Subjekt des Wählers, während das Angebot den populistischen Akteur in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Die Abb. 4 gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Bestimmungsfaktoren des Parteiensystemwandels.

Abbildung 4: Bestimmungsfaktoren des Parteiensystemwandels

Nachfrage	Verteilungskonflikt		soziale Konfliktstruktur (cleavages)	Gelegenheitsstruktur (i.w.S.)	Parteiensystem
	Wertekonflikt				
	(Regionenkonflikt)				
Angebot	politisches System (i.w.S.)		Institutionen / politische Machtstruktur		
	Wahlsystem				
	Parteienstaatlichkeit				
	Regierungskonstellation		Gelegenheitsstruktur (i.e.S.)		
	Strategiefähigkeit der Mainstream-Parteien				
	öffentliches Umfeld				
	Parteiführer	der populistische Akteur selbst	handlungsbezogene Faktoren		
	elektorale Formel				
Organisation					
Reaktionsweise der Konkurrenz					

Quelle: Decker 2004: 172.

Die Angebots- und Nachfragestruktur kann auseinanderfallen, daher ist es notwendig die beiden Aspekte zu differenzieren. Die Nachfrageseite kann durch kulturelle, ökonomische oder politische Entwicklungen die Entstehung einer rechtspopulistischen Partei begünstigen, aber das heißt nicht, dass auf der Angebotsseite auch ein passendes wählbares Format vorhanden ist. Die Gründe hierfür können vielfacher Natur sein: Fehlen einer überzeugenden Führerfigur, unattraktives Programm, organisatorische Defizite, Anpassungsfähigkeit der Konkurrenz (Decker 2004: 165).

Im weiteren Verlauf wird auf die soziale Konfliktstruktur, sprich das Wählerklientel des Rechtspopulismus (Abschnitt 2.3.1) und auf den populistischen Akteur mit seinen Merkmalen (Abschnitt 2.3.2) eingegangen.

2.3.1 Wahlnachfrage - Wählerklientel des Rechtspopulismus

Das zentrale Betätigungsfeld der Wahlforschung ist die Erklärung des Wahlverhaltens. Das Wahlverhalten ist ein komplexes Phänomen. Eine allgemein anerkannte Theorie des Wahlverhaltens gibt es nicht. Die Wahlforschung bietet vier Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens: mikrosoziologische, makrosoziologische, sozialpsychologische und ökonomische Modelle (Spier 2010: 46 f.). Die soziologischen Erklärungsansätze gehen davon aus, dass die Wahlentscheidungen durch Milieuzugehörigkeit und Bindung des Wählers an gesellschaftliche Grundkonflikte langfristig vorherbestimmt werden. Die ökonomischen Ansätze gehen dagegen von kurzfristigen Nutzenüberlegungen aus. Sie beziehen sich hauptsächlich auf das Personal- und Sachangebot der Parteien (Decker 2004: 233). Die Existenz mehrerer Erklärungsansätze mit unterschiedlichen Schwerpunkten ermöglicht es der Wahlforschung, den komplexen Prozess der Wahlentscheidung in seinen unterschiedlichen Facetten zu beleuchten. Je mehr *Scheinwerfer* angeschaltet werden, um es mit einer Metapher von Sir Karl Raimund Popper zu sagen, umso klarer lässt sich der Untersuchungsgegenstand erkennen. Die vier Erklärungsansätze des Wahlverhaltens schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander. Die individuelle Wahlentscheidung unterliegt letztendlich mehreren Einflüssen (Spier 2010: 48).

In der Literatur wird im Zusammenhang mit dem Wählerklientel des Rechtspopulismus oft von den Modernisierungsverlierern gesprochen. Der Begriff führt in die Irre, da er die rechtspopulistischen Wähler mit den unteren sozialen Schichten gleichsetzt. Die Modernisierungsverliererthese muss differenzierter betrachtet werden. Die Wählerklientel der rechtspopulistischen Parteien setzt sich äußerst heterogen zusammen. In ihren Reihen befinden sich u.a. Facharbeiter, die aufgrund der Ausbildung und des Einkommens nicht zur Unterschicht zählen. Die implizierten Problemgruppen der Arbeitslosen und Empfänger staatlicher Hilfen spielen dagegen eine untergeordnete Rolle (Decker 2004: 242). In den Reihen der Modernisierungsverlierer finden sich Personen mit Statusängsten, materieller Not, politischer Unzufriedenheit sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit (Bauer 2012: 18). Ein eingehender Blick auf die Wählerstruktur der rechtspopulistischen Parteien lässt zwei unterschiedliche Erklärungsansätze erkennen. Es handelt sich einerseits um Personen mit einer Form der relativen *Deprivation*² und andererseits um Personen mit erkennbaren Ängsten im Zuge der sozialkulturellen Entwurzelung (Decker 2004: 206).

Die ersten Versuche, die Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien zu erklären, drehen sich allesamt um eine schichtspezifische Zuordnung ihrer Wählerschaft. Hans-

² Die relative Deprivation bezeichnet im Allgemeinen ein Gefühl der sozialen Benachteiligung (Hadler 2004: 8).

Gerd Jaschke sieht in den Modernisierungsverlierern einfache Leute, die von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht sind (Jaschke 2001: 101). Hans-Georg Betz konstatiert ebenfalls eine Gruppe, die sich von den wirtschaftlichen Veränderungen bedroht fühlt, wie Arbeiter, junge Leute mit niedrigem Bildungsabschluss sowie Arbeitslose (Betz 1996: 369). Martin Lipset sieht besonders in der unteren Mittelschicht eine verstärkte Tendenz zur Rechtswahl. Er weist darauf hin, dass es in allen Gesellschaftsschichten extremistische Tendenzen gibt. Lipset konstruiert ein umstrittenes Modell, das jeder Gesellschaftsschicht sowohl eine demokratische als auch eine extremistische Tendenz zuweist. Sein Versuch der Generalisierung macht deutlich, dass die Schichtzugehörigkeit nicht allein die Hauptursache für das rechtspopulistische Wahlverhalten sein kann. Es müssen daher bestimmte Faktoren vorliegen, die eine Rechtswahl fördern. Die meisten Ansätze gehen von einem Mangelzustand aus, der unter dem Oberbegriff der Deprivation zusammengefasst wird. Es gibt ökonomische und soziale Deprivationsfaktoren. Die These der ökonomischen Deprivation beschränkt sich nicht nur auf Indikatoren wie Armut und Arbeitslosigkeit, sondern auch auf Auswirkungen von unsicheren Arbeitsverhältnissen. Richard Stöss bezieht die Deprivation auf den sozialen Bereich und sieht die rechtspopulistischen Erfolgsfaktoren in den heutigen Lebensbedingungen der Menschen. Er zählt dazu die sozialen Kontakte, aber auch die städtischen Wohnverhältnisse (Spier 2010: 49 f.). Die Krisenanfälligkeit der urbanen Ballungsräume mit ihren Problemvierteln und sozialen Brennpunkten begünstigen die sozialen Konflikte und letztendlich die Wahl rechtspopulistischer Parteien (Jaschke 2001: 103 ff.). Das Konzept der Statuspolitik von Hofstadter und Lipset macht dagegen deutlich, dass eine Form der relativen Deprivation ausreicht, um entsprechende Wahleffekte hervorzurufen. Der relative und nicht absolute Vergleich gegenüber einem erwünschten Status ist letztendlich ausschlaggebend (Spier 2010: 51). Eine beachtliche Minderheit unter den rechtspopulistischen Anhängern ist besser gebildet. Die Deprivationsthese erklärt daher nur teilweise den Erfolg rechtspopulistischer Parteien.

Die Zusammensetzung der rechtspopulistischen Wählerschaft zeigt, dass heutzutage Wertvorstellungen eine bedeutendere Rolle spielen als Schichtzugehörigkeit. Die sozialökonomische Lage einer Person lässt heute keinen Rückschluss mehr auf ihre kulturelle Orientierung zu (Decker 2004: 242 f.). Die voranschreitende *Individualisierung*³ fördert die sozialkulturelle Entwurzelung der Menschen. Die zentralen Lebensbereiche Familie, Bildung und Arbeitsmarkt weisen immer weniger schichtspezifisch geprägte sozialmoralische Milieus auf (Jaschke 2001: 110 ff.). Die Menschen lösen sich zusehends von den traditionellen Bindungen. Das Ergebnis sind Unsicherheit und Zukunftsangst. Minkenberg und Inglehart sehen im Aufkommen rechtspopulistischer Par-

³ Die Individualisierung bezeichnet den Prozess der allmählichen Entfremdung des Individuums von tradierten Orientierungsmustern (Jaschke 2001: 110).

teilen daher eine materialistisch, autoritäre Reaktion auf die Ausbreitung postmaterialistisch, linkslibertärer Werte. Die empirischen Daten liefern durchaus ein widersprüchliches Bild. In Einzelfällen können die Anhänger rechtspopulistischer Parteien auch libertäre Wertvorstellungen vertreten (Betz 1996: 370 ff.). Die rechtspopulistischen Parteien sind ein Anzeichen dafür, dass sich die gesellschaftliche Konfliktstruktur in Richtung der sog. Wertecleavages⁴ verschoben hat. Die kulturellen Konflikte haben sich in der postmaterialistischen Gesellschaft verschärft. Wertfragen sind im Allgemeinen nur schwer kompromissfähig. Sie gewinnen durch den kulturellen Modernisierungsprozess an Bedeutung. Die Menschen sehnen sich überall dort nach Zugehörigkeit, wo sie mit abweichenden Wertvorstellungen konfrontiert werden (Decker 2004: 247 f.).

Die voranschreitende Globalisierung verdrängt die vormals bedeutende Stellung des Nationalstaates mit seinen politischen Akteuren. Die protektionistischen Aussagen der Rechtspopulisten kommen gerade bei denjenigen Personen an, die von der kulturellen, ökonomischen oder politischen Globalisierung negativ betroffen sind (Bauer 2012: 18). Die Rechtspopulisten profitieren daher auch vom *Wohlstandschauvinismus*⁵ respektive Wohlfahrtsschauvinismus der bedrohten unteren Mittelschicht. Er stellt einen der populärsten Erklärungsansätze des Rechtspopulismus dar. Die rechtspopulistischen Wähler fürchten um ihren erworbenen Wohlstand und sind auf dessen Erhalt fixiert. Sie verweigern den ausländischen Bürgern die wohlfahrtstaatlichen Leistungen und stehen einer multikulturellen und globalisierten Gesellschaft kritisch gegenüber (Decker 2004: 202 ff.). Sie misstrauen dem freien Handel und Warenverkehr und sind gegen eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses (Betz 1996: 370).

Die rechtspopulistischen Parteien weisen unter ihren Wählern einen unverhältnismäßig hohen Arbeiteranteil auf. Es ist einigen Vertretern (FN, SVP, FPÖ) unter ihnen sogar gelungen, den linken und sozialdemokratischen Parteien in dieser Hinsicht den Rang abzulaufen. Die Schwerpunkte der rechtspopulistischen Parteien liegen wahlgeografischen Analysen zufolge in den linken Hochburgen. Die meisten der nach rechts abgewanderten Arbeiter sind Facharbeiter in privaten Unternehmen. In den letzten Jahren hat sich die Polarisierung zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor verschärft. Der öffentliche Dienst schneidet beim quantitativen Zuwachs und bei der Einkommensentwicklung spürbar besser ab. Die öffentlichen Bediensteten sind für wirtschaftliche Krisen weniger anfällig, da sie generell eine Arbeitsplatzgarantie besitzen. Aus diesen Gründen sind sie in der rechtspopulistischen Wählerstruktur unterproportional vertreten (Decker 2004: 246 f.). Die rechtspopulistischen Parteien sind Männerparteien

⁴ Die Konfliktstruktur der nachindustriellen Gesellschaft vollzieht sich entlang ökonomischer (Verteilungscleavage) und kultureller (Wertecleavage) Gegensätze (Decker 2004: 234).

⁵ Der Wohlstandschauvinismus zielt darauf ab, den eigenen Wohlstand zu erhalten und ihn vor der missbräuchlichen Inanspruchnahme durch Dritte zu schützen (Decker 2004: 202).

und erzielen gerade bei jüngeren Wählern ihre besten Ergebnisse (Jaschke 2001: 116 ff.). Die rechtspopulistischen Wähler zeichnen sich darüber hinaus durch eine relativ lockere Kirchenbindung aus und sind nur unterdurchschnittlich in Gewerkschaften aktiv (Bergsdorf 2000: 196 ff.).

Die rechtspopulistischen Parteien werden häufig als reine Protestparteien bezeichnet. Der Protestcharakter zeigt sich in erster Linie bei weniger wichtigen Wahlen, wie z.B. bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Hemmschwelle ist dort wesentlich geringer, seine Unzufriedenheit in Form einer Protestwahl zu artikulieren (Bauer 2012: 17). Die einseitige Reduzierung auf den Protestwahlcharakter greift indes zu kurz (Bergsdorf 2000: 187). Die rechtspopulistischen Parteien kritisieren die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und haben es auf das Establishment abgesehen. Ihre Kritik richtet sich unmittelbar gegen die verantwortlichen Entscheidungsträger. Die Anti-Positionen entspringen einer oppositionellen Grundeinstellung gegen das politische System und sollen die Wähler gegen dessen Repräsentanten mobilisieren. Die Oppositionsparteien können der populistischen Versuchung insb. in Wahlkampfzeiten auch nicht widerstehen. Sie versuchen durch eine Protesthaltung gegen die Regierung ebenfalls ihre Chancen bei den Wählern zu erhöhen (Decker 2004: 188 f.).

Der Protestcharakter einer rechtspopulistischen Partei kann auf der Angebotsseite anhand der Regierungsbereitschaft gemessen werden. Die Fähigkeit zum politischen Kompromiss hängt in hohem Maße von der Seriosität des jeweiligen Reformanspruchs ab. Die Transformation der Anti-Positionen in ein positives Reformprogramm ist jedoch für die rechtspopulistischen Vertreter nicht einfach. Die regierungsfähigen Reformziele vertragen sich nur selten mit der aggressiven Tonlage ihrer Agitation. Der konstruktive Weg einer rechtspopulistischen Partei hängt natürlich auch von der Kooperationsbereitschaft der anderen Parteien ab. Ist eine solche nicht gegeben, könnte sich der Oppositionskurs der Rechtspopulisten weiter radikalisieren. Die Konsequenzen einer rechtspopulistischen Regierungsbeteiligung sind überwiegend negativ. Die eingegangene Regierung findet meist vorzeitig ihr Ende, wie im Fall der FPÖ in Österreich oder der Schill-Partei in Hamburg. Sie geht schließlich auch mit einem Glaubwürdigkeitsverlust bei den eigenen Anhängern einher. Die Rechtspopulisten haben in der darauf folgenden Wahl einen drastischen Absturz in der Wählergunst zu verzeichnen (Decker 2004: 189).

Die rechtspopulistischen Parteien sind hauptsächlich in einer Konkordanzdemokratie erfolgreich. Die Erfolge von rechtspopulistischen Parteien in Österreich (*große Koalition*), in Belgien (*Säulenmodell*), aber auch in der Schweiz (*Zauberformel*) untermauern diese Annahme (Bauer 2012: 17). Der ökonomische Wandel und die Individualisierung lässt die traditionellen Lebensformen und Bindungen erodieren. Die erstarrten Konkor-

danzsysteme haben diesen gesellschaftspolitischen Veränderungen zu wenig Rechnung getragen. Die Rechtspopulisten profitieren nun von dem *dealignment*⁶ der Wählerschaft (Bauer 2012: 18).

Die Protestthese zeigt auf der Nachfrageseite, auf der Ebene des Wählers ein differenziertes Bild. Wenn die Protestthese stimmt, dann müsste eine Zunahme der Unzufriedenheit zu einer vermehrten Wahl von Protestparteien führen. Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit und Wählerverhalten lässt sich jedoch nicht erkennen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit hat sich in den meisten europäischen Ländern kaum verändert, sodass die Entwicklung der rechtspopulistischen Parteien damit nicht erklärt werden kann. Die rechtspopulistischen Parteien weisen in der Tat einen größeren Prozentsatz von unzufriedenen Wählern auf, aber für eine exakte Bestimmung der Protestwahlthese reicht dieser nicht aus. Die meisten Wahluntersuchungen beschreiten daher einen anderen Weg und sprechen im Zusammenhang mit der Protestthese von einer Denkmittelwahl. Die Protestwähler sind taktische Wähler, die entgegen ihrer ideologischen Überzeugung und ihrer eigentlichen Parteipräferenz eine andere Partei wählen. Mit diesem Verhalten möchten sie die etablierten Parteien zu einer Kurskorrektur bewegen. Der Protest kann sich dabei auf einen konkreten Sachverhalt oder auf eine allgemeine Verbitterung beziehen. Der Typus des reinen Protestwählers entscheidet sich also nicht für die gewählte Partei, sondern gegen die anderen Parteien. Die Diskrepanz zwischen Wähler- und Parteimeinung zeigt sich am Beispiel der Migrationspolitik. Die empirischen Untersuchungen legen nahe, dass die Bedeutung des Themas von den Wählern der rechtspopulistischen Parteien stärker geteilt wird als die dahinter stehende und propagierte Ideologie. Der reine Protestwähler betrachtet also nicht die Weltanschauung und die inneren Strukturen dieser Parteien (Decker 2004: 191 f.).

Der unechte Protestwähler kann dagegen in zwei Typen zerlegt werden. Der erste Typus kann sich mit keiner Partei identifizieren. Er besitzt allerdings einen Hang zu rechten Überzeugungen. Die Stimmabgabe dieses rechtsorientierten Wählers hängt in hohem Maße von den gesetzten Themen und der politischen Gelegenheitsstruktur ab. Einige demoskopische Auswertungen zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen in Kombination mit einer virulenten Politikverdrossenheit, die Wahlentscheidung zu Gunsten einer rechtspopulistischen Partei erhöhen kann (Decker 2004: 193). Jürgen W. Falter konstatiert, dass das Protestwahlmotiv für die Wahl rechter Parteien durchaus eine große Rolle spielt, aber nur in Verbindung mit der Existenz rechtsextremer Einstellungen richtig zur Geltung kommt. Wo solche Einstellungen nicht vorhanden sind, profitiert das Nichtwählerlager oder die PDS. Das Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Be-

⁶ Dealignment bezeichnet in der Wahlforschung den Prozess der Lösung von Parteibindungen (Decker 2004: 233). Er steht für die Emanzipation des Wählers von den politischen Parteien.

nachteiligung kann diesen Effekt zusätzlich verstärken (Falter 2003: 25 ff.). Der zweite Typus des unechten Protestwählers identifiziert sich dagegen mit der ideologisch-programmatischen Ausrichtung der Partei. Die rechtspopulistischen Parteien Vlaams Belang und FPÖ zeichnen sich durch konstante Wahlergebnisse aus. Sie sind nicht den Launen der Wechselwähler ausgesetzt, sondern haben es im Gegenzug geschafft, die Wähler langfristig an sich zu binden. Der ideologisch motivierte Protestwähler wandelt sich zum Stammwähler (Decker 2004: 193 f.).

2.3.2 Parteiangebot - Merkmale des Rechtspopulismus

2.3.2.1 Merkmale des Populismus

Partei einer charismatischen Führungspersönlichkeit

Die populistische Partei ist eine Bewegung mit Massenbasis. Es handelt sich bei ihr nicht um eine Partei im herkömmlichen Sinn mit hierarchischer Pyramidenstruktur, sondern um eine Erscheinung rund um eine autoritäre Führungsperson (Hartleb 2004: 87). Die Partei repräsentiert einen Organisationstypus, der als *charismatische Partei* bezeichnet werden kann. Dieser Typus zeichnet sich hauptsächlich durch ein enges Verhältnis zwischen charismatischer Führungsfigur und populistischer Bewegung aus (Decker 2004: 265). Die Binnenorganisation ist durch die Fokussierung auf eine Person locker und es herrscht ein Mangel an innerparteilicher Demokratie. Zentrale Fragen werden oft allein von der Führungsperson entschieden. Sie ist Bindeglied und Schlichter zugleich (Hartleb 2004: 87 f.). Die Identität der charismatischen Partei verschmilzt fast vollständig mit derjenigen des Führers.

Eine populistische Führungspersönlichkeit behauptet von sich aus die wahren Bedürfnisse des Volkes zu erkennen. Es kommen dabei eine Reihe Erfolg versprechender rhetorischer Stilmittel zum Einsatz, wie die Rolle als Kämpfer für den kleinen Mann oder die gerechte Sache. Die Führungsperson legt auch gerne eine apolitische Haltung an den Tag und bewegt sich in gesellschaftlichen Bereichen wie Entertainment, Kultur oder Sport. Die so beabsichtigte Außendarstellung ist überwiegend positiv. „Der Populist ist eine Mischung aus charmantem Führer und Held“ (Hartleb 2004: 90). Er verfügt über enorme rhetorische Fähigkeiten und eine große Ausstrahlungskraft. Die Politik ist für ihn eine Kunst der Verführung. Er stellt sich gerne als die Alternative zum politischen Chaos dar. Sein Werdegang passt sehr oft nicht in das gängige Muster von typischen Politkarrieren. Er ist meist Quereinsteiger, pflegt das Image eines Nichtpolitikers und schafft somit Distanz gegenüber dem verhassten politischen Establishment. Er gibt sich als *homo novus* aus, welcher aufgrund höherer Motive zum Politiker wider Willen wurde. Er verkörpert ein antielitäres Image. Der Populist nimmt für sich in Anspruch die Nöte der schweigenden Mehrheit zu artikulieren. Dank seiner Ausstrahlungskraft kann er sein Engagement glaubhaft vermitteln. Durch die Vereinfachung politischer Sach-

verhalte und der Stilisierung von Feindbildern zeigt er seine Verbundenheit mit dem Bürger (Hartleb 2004: 90 ff.).

Das strukturelle Problem der populistischen Partei liegt in der sklavischen Beziehung zu ihrer Führungsfigur. Das Charisma des Führers hängt mit seinem Siegerimage zusammen. Stellen sich Misserfolge ein, kann es schnell zu innerparteilichen Zerwürfnissen kommen. Im schlimmsten Fall kann dies zur Parteiauflösung führen. Es ist aber auch vorstellbar, dass das Charisma im Laufe der Zeit auf die Organisation übergeht und es zu einer Institutionalisierung der Bewegung kommt. Die FPÖ stellt insofern eine Ausnahme dar. Sie wies bereits im Vorfeld eine institutionelle Struktur auf und wandelte sich erst unter Jörg Haider zu einer autoritären Organisation (Decker 2004: 265 f.).

Anti-Partei-Partei

Der Hauptadressat populistischer Systemkritik sind die etablierten Parteien. Die Kritik zielt dabei nicht auf die Existenzberechtigung, sondern auf die Rolle der Parteien in Gesellschaft und Staat. Die Parteienherrschaft mit ihren negativen Begleiterscheinungen wie Ämterpatronage, Klientelismus und staatliche Finanzierung wird in den Mittelpunkt gestellt. Kritik am Fraktionszwang gehört zum populistischen Standardrepertoire (Decker 2004: 226 f.). Die Populisten verurteilen den Parteienstaat mit seinen negativen Erscheinungen und fordern mehr Bürgerbeteiligung und Volksgesetzgebung. Im Gegensatz zu den verschlossenen Hinterzimmern der etablierten Parteien präsentieren sie sich als Stimme des Volkes. Sie beschwören einen schlanken Staat und ein mehr an plebiszitären Elementen. Die Populisten bedienen damit latent vorhandene Anti-Parteien-Affekte in der Bevölkerung. Sie werfen den Parteien vor, ihrer politischen Verantwortung nicht mehr gerecht zu werden. Der Wählerauftrag würde nicht mehr wahrgenommen und erfüllt. Der Populismus gibt dagegen vor, einen homogenen Volkswillen zu repräsentieren. Er nimmt für sich selbst in Anspruch eine „bürgernahe Bewegung aus der Mitte des Volkes“ (Hartleb 2004: 71) zu sein und sieht sich als Gegenpart zu den Parteien. Die populistischen Parteien vermeiden daher nur allzu gerne die Selbstbezeichnung als Partei (Hartleb 2004: 70).

In den populistischen Parteiprogrammen dominieren negative Formulierungen. Sie richten sich hauptsächlich gegen die Parteien. Die Wahlkämpfe werden von einem Negativ Campaigning dominiert. Es zielt sowohl auf das politische und persönliche Profil als auch auf die politische und persönliche Qualität des Gegners (Hartleb 2004: 73 f.).

Eine Anti-Partei-Partei unterscheidet sich von einer Anti-System-Partei dahingehend, dass sie sich dem politischen Prozess nicht verweigert. Sie will an diesem konstruktiv mitwirken und scheut auch nicht vor einer Koalitionsbildung zurück. Eine mögliche Regierungsbeteiligung birgt für die populistische Partei erhebliche Risiken. Das Aufeinan-

dertreffen von Wunschdenken und Realität birgt Konflikte. Die Erfahrung zeigt, dass sie in der Regierungsverantwortung ein unkalkulierbares Risiko darstellt. Sie ist gerade durch ihre energische Anti-Partei Haltung nicht in der politischen Konfliktbewältigung erprobt (Hartleb 2004: 72 ff.).

Anti-Establishment-Partei

Ein wesentliches Element zum Verständnis des populistischen Phänomens liegt in seiner negativen Einstellung zum jeweiligen Establishment. Das Establishment sind diejenigen Personen und Institutionen, welche die ökonomische und politische Macht in einer Gesellschaft innehaben. Der Populismus konstruiert eine simple Spaltungslinie innerhalb der modernen und komplexen Gesellschaft: Wir, die rechtschaffenen Bürger gegen die korrupte Elite da oben. Er tritt nicht apolitisch auf, sondern möchte viel mehr der Stachel im Fleisch des Establishments sein. Die Wut richtet sich dabei gegen die Vertreter der herrschenden Klasse, zu der er Politiker, Intellektuelle und Journalisten zählt (Hartleb 2004: 75 f.).

„Die Politik dieses Landes muss sich ändern - und zwar gründlich, von der Wurzel her, also radikal. (...) Wir wollen eine österreichische Kulturrevolution mit demokratischen Mitteln, wir wollen die herrschende politische Klasse und die intellektuelle Kaste stürzen“ (Haider 1994: 135,201).

Der Populismus sieht sich vordergründig als Opfer des Establishments. Die so verfolgte Stigmatisierungskampagne ist elementarer Bestandteil seiner Agitation. Er illustriert sich als Opposition gegenüber dem Establishment. „Der Populist selbst gibt vor, im Namen der schweigenden Mehrheit (...) zu sprechen“ (Hartleb 2004: 77).

„Darin liegt auch die Ursache für den politischen Erfolg unserer Bewegung, dass wir entgegen der veröffentlichten Meinung des medialen und politischen Establishments die öffentliche Meinung breiter Bevölkerungsschichten artikulieren. Die schweigende Mehrheit, die die Last dieses Staates trägt, hat ein Recht, gehört zu werden“ (Haider 1994: 53).

Partei des Tabubruchs

Der Populist will mit seiner teils aggressiven Rhetorik den vermeintlichen Konsens der etablierten Parteien aufbrechen. Zu seinem Standardrepertoire zählen an erster Stelle verbale Entgleisungen, wie eine herabsetzende Wortwahl oder eine provokante Anrede des politischen Gegners. Der Blick richtet sich dabei stets gegen das politische Establishment. Die inszenierte Beleidigung soll den Gegner verunglimpfen und zugleich Volksnähe suggerieren (Hartleb 2004: 77 f.).

Mit gezielten Tabubrüchen gibt der Populist darüber hinaus Themen vor mit welchen er die öffentliche Aufmerksamkeit an sich ziehen will. Die Reizschwelle ist niedrig und

moralische Bedenken werden beiseite gelegt. Er greift Politikfelder auf, die von den etablierten Parteien aus nationalen oder internationalen Opportunitätsgründen gemieden werden. Die vermeintliche Political Corectness ist ihm ein Dorn im Auge. Er schafft somit „einen Gegenpol zur monotonen Statement-Routine zeitgenössischen Politjargons“ (Hartleb 2004: 78). Mit dem Tabubruch pflegt er ein Image, das er Dinge beim Namen nennt und nicht um den heißen Brei herumredet. Er nimmt für sich in Anspruch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Ein Bonus für seinen Mut ist dem Tabubrecher dadurch in jedem Fall gewiss. Der Populist inszeniert sich als Vorkämpfer gegen irrationale Tabus. Eine mediale Empörung wertet er als Beleg für ein vorherrschendes Gedankenverbot seitens der politischen Elite. Der beabsichtigte Nutzen eines Tabubruchs liegt in der Profilierung, als einzige Partei kein Blatt vor den Mund zu nehmen (Hartleb 2004: 78 ff.).

Medienfokussierte Partei

Die populistische Bewegung ist stark von der öffentlichen Aufmerksamkeit abhängig. Sie ist zum Scheitern verurteilt, wenn ihr eine Plattform zur Selbstdarstellung fehlt. Die Populisten müssen daher die modernen Massenkommunikationsmittel nutzen, wenn sie Erfolg haben wollen (Hartleb 2004: 81). Eine moderne Öffentlichkeitsarbeit ist für sie überlebenswichtig.

Die Informations- und Artikulationsfunktion verlagert sich heute zusehends in den Bereich der Medien. Alle Parteien zeichnen sich daher durch eine übertriebene Medienorientierung aus. In den Demokratien des Informationszeitalters sind populistische Elemente, wie Symbolpolitik, Simplifizierung sowie Personalisierung zum dominanten Politikstil geworden. Der populistische Appell ist heutzutage das entscheidende Instrument der Wählermobilisierung (Hartleb 2004: 81 f.). Die komplizierten politischen Sachzusammenhänge werden einfach ausgeblendet. Es kommt immer mehr auf die Verpackung und nicht auf den Inhalt an.

Die Erfolge populistischer Parteien müssen im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Mediendemokratie gesehen werden. Der Sensationsjournalismus trägt ein großes Stück zum medialen Erfolg bei. Der Populismus wird insb. durch die gesteigerte Sensationslust der Fernsehberichterstattung mit ihrer latenten Elitenkritik begünstigt (Hartleb 2004: 82 f.). Er profitiert sogar von negativer Berichterstattung. Wie heißt es so schön: *Bad news are good news*. Die Anhänger werden dadurch in ihrer Annahme bestärkt, dass sich das gesamte Establishment gegen die populistischen Newcomer verschworen hat.

Die populistischen Parteien richten ihre Themen am Ziel einer populären Meinungsführerschaft aus. Um längerfristig erfolgreich zu sein, müssen sie sich an der aktuellen politischen Marktlage orientieren. Sie sind gegenüber den etablierten Parteien dahin-

gehend im Vorteil, da sie keine besondere Rücksicht auf bestimmte Lobbygruppen oder internationale Beziehungen nehmen müssen (Hartleb 2004: 86). Der parteienförmige Populismus hat die Gesetze des Sensationsjournalismus verinnerlicht und betreibt Politik im Boulevardformat.

Partei einer abgrenzbaren Wir-Gruppe

Der Populismus betont die Existenz einer abgrenzbaren Wir-Gruppe. Es handelt sich um eine möglichst homogene Gruppe, die sich von anderen definierten Gruppen abhebt. Eine klare Definition ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Identitätsfindung lässt sich durch konkrete Feindbilder erzeugen. Die Abgrenzung erfolgt gegen das Establishment oder wird durch die Konstruktion eines ethnischen, regionalen oder nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls erzeugt. Die Wir-Gruppe zeigt demnach folgende Dichotomie: Wir, die populistische Partei und der kleine, ehrliche Mann gegen die politische Elite oder die widerrechtlich Begünstigten, wie Ausländer, Bezieher von Sozialhilfe oder international operierende Konzerne. Der Populismus lässt sich schlussendlich dadurch charakterisieren, welche Gruppe er ausschließt. Die Außenstehenden sollen als Gegner erscheinen, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren (Hartleb 2004: 95 ff.).

Plebiszitär ausgerichtete Partei

Die Mehrheit der Bevölkerung steht plebiszitären Elementen unvoreingenommen und positiv gegenüber. Die Stärkung solcher Elemente ist daher überaus populär. Der Populismus greift dies auf und fordert eine Demokratisierung des politischen Systems auf allen Ebenen. Die Komplexität vieler Sachentscheidungen wird dabei ausgeblendet. Die Populisten unterstellen dem Parlament die Bedürfnisse des Volkes zu vernachlässigen und damit das Volkswohl zu gefährden (Hartleb 2004: 98 f.).

„Ich habe keine Angst vor dem Volk. Daher bin ich für einen weiteren Ausbau der direkten Demokratie. Ich halte es für entlarvend, wenn die politische Kaste immer meint, dass das Volk nicht reif sei, über bestimmte Fragen abzustimmen“ (Haider 1994: 99).

Diese Haltung ist stark antipluralistisch und verleugnet die Prinzipien repräsentativer Demokratie. Sie wird zur Zielscheibe populistischer Agitation (Hartleb 2004: 99). Die Existenz plebiszitärer Elemente hat ungeachtet ihres Einsatzes eine große symbolische Bedeutung. Die bloße Möglichkeit soll die politische Elite dazu anhalten ihre legislativen Entscheidungen besser zu vermitteln. Die Plebiszite dienen sozusagen der Abschreckung und zur Reserve (Decker 2004: 231).

Der Populismus nimmt für sich in Anspruch den Volkswillen unverfälscht wiederzugeben. Er will unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten stärken und setzt sich für eine

direkte Wahl der Repräsentanten ein. Sein Vorbild ist die Schweiz. Der fiktive Volkswille steht allerdings im Widerspruch zum konkurrenztheoretischen Demokratiemodell. Der Populismus errichtet somit eine Frontstellung gegen die repräsentativ-parlamentarische Demokratie (Hartleb 2004: 100 f.).

Volksentscheide sind nicht nur unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten, sondern bergen auch eminente Gefahren. Sie können latente Vorurteile „durch einen scheinbar demokratischen Mehrheitsbeschluss legitimieren“ (Hartleb 2004: 102). Das Minarettverbot in der Schweiz verdeutlicht dies auf bemerkenswerte Weise.

Ein-Themen-Partei

Am Anfang besitzt die populistische Partei noch kein ausgereiftes Parteiprogramm. Dieser Mangel wird durch das verbale Engagement für wenige Themen kompensiert. Sie ist daher besonders von politischen Reizthemen abhängig. Eine Chance liegt vor allem bei Themen, die die anderen Parteien aus taktischen oder Opportunitätsgründen vernachlässigen. Mit der Konzentration auf eine Marktlücke lässt sich eine Zielgruppe gewinnen, die sich direkt in Wahlerfolgen niederschlägt. In der Anfangsphase ist die populistische Partei daher vorwiegend eine Ein-Themen-Partei. Sie stellt meistens ein Politikfeld an die Spitze, das dann propagandistisch ausgeschlachtet wird. Nach der Etablierung operiert sie mit einer *Agenda-setting-Strategie*⁷ und betreibt einen kampagnenhaften Politikstil. Es werden oft zusammenhanglose Einzelpunkte herausgegriffen und als Forderung aneinandergereiht (Hartleb 2004: 103 ff.).

2.3.2.2 Spezifische Merkmale des Rechtspopulismus

Anti-Immigrationspartei

Die rechtspopulistischen Parteien profitieren größtenteils vom Thema Immigration. Die überwiegende Mehrheit der europäischen Bürger ist laut Umfragen zufolge der Ansicht, dass die Aufnahmefähigkeit von Migranten erreicht ist. Die Politik hat dieses sensible Thema zu lange vernachlässigt und den Rechtspopulisten das Feld überlassen. Argumente gegen Zuwanderung fallen angesichts der schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage auf fruchtbaren Boden. Im Zentrum rechtspopulistischer Agitation stehen Fragen der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Die Rechtspopulisten wollen mit einem Angstdiskurs über Ausländerkriminalität und Innere Sicherheit potentielle Wähler gewinnen (Hartleb 2004: 117 f.). Sie versuchen die Einwanderung mit Arbeitslosigkeit, Kriminalität und steigenden Sozialkosten gleichzusetzen (Betz 1996: 367). Die Rechtspopulisten fordern eine starke Hand in der Ausländerpolitik und stellen sich als Anwälte der einheimischen Bevölkerung gegen die Migranten dar (Hartleb 2004: 118).

⁷ Das Agenda Setting ist eine Massenmobilisierungsstrategie, bei der bestimmte Themen planvoll gesetzt werden (Hartleb 2004: 105).

Die multikulturelle Gesellschaft ist den Rechtspopulisten ein Dorn im Auge. Sie warnen in diesem Zusammenhang vor Gettoisierung der Großstädte und bürgerkriegsähnlichen Zuständen in der Zukunft. Die europäische Kultur muss nach ihrer Diktion gegen das Schreckgespenst Islam verteidigt werden. Sie warnen vor einer Islamisierung Europas und sehen den Islam als globale Bedrohung (Betz 1996: 367). Die Dänische Volkspartei hat im Wahlkampf von 2001 den Islam mit Fundamentalismus gleichgesetzt und diesen mit den Grundwerten westlicher Demokratien für unvereinbar erklärt. Der Bau von Moscheen, das Tragen traditioneller Kleidung und die Rolle der Frau im Islam ist Zielscheibe rechtspopulistischer Agitation (Hartleb 120 f.).

Mit dem Immigrationsthema wandern die Rechtspopulisten auf einem schmalen Grat zwischen Demokratie und Extremismus. Sie können dagegen auch unabhängig von der realen Einwanderungspolitik eines Landes reüssieren, wie die Beispiele Dänemark und Norwegen zeigen (Hartleb 2004: 118 ff.).

Anti-Globalisierungspartei

Die Kritik des Rechtspopulismus an der Globalisierung ist mit einer antimodernistischen Haltung verbunden. Die Globalisierung ist etwas Böses, das von außen kommt und den Bestand der Nation gefährdet. Sie lässt sich in eine ökonomische, kulturelle und politische Dimension unterteilen. Rechtspopulisten sehen in der Globalisierung u.a. eine Gefährdung des materiellen Wohlstands, ein Aufkommen des Multikulturalismus sowie einen Souveränitätsverlust des Nationalstaates. Die ökonomische Globalisierung steht im Zentrum ihrer Kritik. Sie bezeichnet im Allgemeinen den grenzüberschreitenden Austausch von Kapital, Waren und Dienstleistungen (Hartleb 2004: 122 ff.). Der damit einsetzende Standortwettbewerb hat eine Senkung der Steuern und Abgaben für Konzerne, Deregulierung, Einschränkung sozialer Leistungen und Lohnverzicht für Arbeitnehmer zur Folge (Decker 2004: 201 f.). Der Rechtspopulismus setzt dieser scheinbar schrankenlosen Globalisierung den Protektionismus entgegen. Als vermeintlich simple Lösung wird eine symbolische Renationalisierung angeboten. Den globalen Wirtschaftszyklen wird die Illusion einer kleinen, funktionsfähigen Welt entgegengesetzt. „Der Rechtspopulismus will Heimstatt in Zeiten eines verstärkten Wettbewerbsdrucks sein“ (Hartleb 2004: 123).

Law-and-order-Partei

Die rechtspopulistischen Parteien drängen auf eine entschlossene Verbrechensbekämpfung. Mit einer Law-and-order-Kampagne greifen sie gesellschaftliche Ängste vor einer vermeintlich ausufernden Kriminalität auf und verurteilen die Passivität liberaler Politik. Den Ängsten setzen sie einen starken Staat entgegen. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Polizei muss personell aufgerüstet, ihre rechtlichen Befugnisse ausgedehnt und die Strafverfahren beschleunigt

werden, um der Kriminalität effektiver zu begegnen. Weitere Law-and-order-Maßnahmen sind eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze, konsequenter Einsatz verdeckter Ermittler, eine Null-Toleranz-Politik sowie empfindliche Strafen bei Bagatelldelikten. Die rechtspopulistischen Parteien wollen als Bewahrer der nationalen Einheit angesehen werden (Hartleb 2004: 125 ff.).

Anti-EU-Partei

Die Rechtspopulisten lehnen im Gegensatz zu rechtsextremen Positionen den europäischen Einigungsprozess nicht ab. Sie kritisieren lediglich das Wie, aber nicht das Ob. Die Spannbreite reicht von der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, über den Binnenmarkt bis hin zur gemeinsamen Währung, dem Euro. Ein Kennzeichen des Rechtspopulismus war die entschiedene Ablehnung der europäischen Einheitswährung. Im Zusammenhang mit der Einführung wurden ein massiver Preisanstieg (Stichwort *Teuro*) sowie unkalkulierbare Risiken angemahnt. Sie sahen in der alten Währung ein wichtiges nationales Symbol, das man nicht preisgeben durfte (Hartleb 2004: 130 ff.).

Die Rechtspopulisten kritisieren in erster Linie ein institutionelles Defizit der EU. Ihre Kritik setzt bei einer überbordenden Bürokratie an und endet beim vermeintlich demokratischen Defizit der EU. Dem Zentralismus und der europäischen Regelwut stellen sie ihre Volksnähe und ein unbürokratisches Handeln entgegen. Die Legitimität der EU geht primär auf staatsrechtliche Verträge zurück und nicht auf eine unmittelbare Volksbeteiligung. Sie sehen die EU daher als ein elitäres, aufgezwungenes Projekt. Im Zusammenhang damit beanstanden sie das Fehlen eines gemeinsamen europäischen Wir-Gefühls. Pim Fortuyn bezeichnete Europa als einen Superstaat ohne Demokratie und Seele (Hartleb 2004: 128 ff.).

Die etablierten Parteien agieren in der Europafrage als Wegbereiter der Populisten. Sie benutzen die EU oftmals als Sündenbock für rigide Sparzwänge und wirken den alltäglichen Vorurteilen nicht energisch entgegen (Hartleb 2004: 131). Eine allgemeine EU-Kritik ist heute en vogue.

Partei des Antiamerikanismus

Die Rechtspopulisten kritisieren die globale Dominanz der Vereinigten Staaten. Amerika wird als Eindringling dargestellt, der im ökonomischen, kulturellen und politischen Bereich Europa dominiert und verändert. Es handelt sich hierbei nicht um eine amerikanische Xenophobie, vielmehr wird ein Schuldiger für die gewandelten Lebenswelten gesucht. Sie setzen auf die Salonfähigkeit des Antiamerikanismus und das negative Bild des Weltpolitikers. Der Antiamerikanismus enthält ein kulturkritisches Motiv, das mit der voranschreitenden Kommerzialisierung einen Verfall der Sitten anmahnt. Die kulturelle Entwurzelung wird mit Amerika in Verbindung gebracht (Hartleb 2004: 132 ff.).

Partei der sozialen Gratifikationen

Die Wahlerfolge der Rechtspopulisten können „im Zusammenhang mit der Modernisierungskrise des neoliberalen Shareholder-Kapitalismus“ (Hartleb 2004: 141 f.) gesehen werden. Er bewirkt eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich. Diese Veränderung beinhaltet eine reelle Gefahr für das soziale Gefüge. In ihrem Kern akzeptieren die rechtspopulistischen Parteien die Prinzipien der Marktwirtschaft, allerdings verfolgen sie eine Doppelstrategie. In ihren Programmen vermischen sich neoliberale Forderungen mit Anti-Globalisierungsressentiments. Neoliberale Forderungen wie Privatisierung, Deregulierung, Steuersenkung, Subventionskürzung sowie Eintreten für individuelle Leistungsbereitschaft stehen neben Protektionismus, Schutzfunktion des Staates und Unterstützung für die Bedürftigen. Es besteht ein Nebeneinander von marktzentrierten und protektionistischen Elementen. Das eigentliche Ziel ist nicht die Expansion des freien Marktes, sondern die Schwächung der gesellschaftspolitischen Institutionen. Das Eintreten für Leistungsbereitschaft führt zu sozialdemagogischen Forderungen gegen Sozialbetrug (Hartleb 2004: 138 ff.).

„Der Skandal in unserem System ist: Die Faulen, die Nichtsteuer, die Sozialschmarotzer und Tagträumer sind sich der fürsorglichen Hand des Sozialstaates sicher, während der bildungswillige Aufsteiger, für den persönliche Leistung im Vordergrund steht, das Nachsehen hat“ (Haider 1994: 181).

Die Rechtspopulisten sprechen mit ihrem zweideutigen Programm eine breite Wählerschicht an, die von Globalisierungsgewinnern bis zu Modernisierungsverlierern reicht. Im Mittelpunkt ihrer Agitation stehen wohlstandschauvinistische Motive des Wählers (Hartleb 2004: 138 ff.).

3. Freie Wähler: Partei wider Willen

3.1 Begriffsabgrenzung

Die Parteien wirken gemäß Art. 21 Abs. 1 GG bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Der Terminus *Mitwirkung* verdeutlicht, dass sie darin kein Monopol besitzen. Nach dem Grundgesetz dürfen sich auch andere Akteure, wie Individuen und weitere Organisationen politisch betätigen. Die Organisationen lassen sich in zwei Gruppen, die spezifische Interessen (Lobbyismus) oder umfassende politische Ziele verfolgen unterteilen. Zu der zweiten Gruppe zählen selbstverständlich die Parteien, aber auch die sog. Wählergemeinschaften (Morlok u.a. 2012: 12 ff.). „Die verfassungsrechtliche Legitimation (...) zur politischen Teilnahme ergibt sich für Wählergemeinschaften (...) aus den Artikeln 9 und 28 des Grundgesetzes und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes“ (Naumann 2012: 24).

Im Unterschied zu den Parteien gibt es für die Wählergemeinschaften keine Legaldefinition. Eine Wählergemeinschaft auch Wählergruppe, Wählerversammlung, Bürgervereinigung oder Parteifreie ist ein Zusammenschluss natürlicher Personen, die mit einem eigenen Vorschlag an Wahlen teilnimmt, ohne dabei den Status einer politischen Partei zu besitzen (Roßner 2012: 132). Dazu zählen die organisierten *Freien Wähler*⁸, aber auch lose temporäre Wahlbündnisse. Wählergemeinschaften und Parteien stehen in einem Wettbewerbsverhältnis. Sie konkurrieren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich auf lokaler Ebene um die politische Macht. In der süddeutschen Kommunalpolitik sind die Wählergemeinschaften seit Jahrzehnten fest verankert. Die Parteien stehen aber auch auf überregionaler Ebene zunehmend in Konkurrenz zu Wählergemeinschaften, wie der Einzug der Freien Wähler in den bayrischen Landtag zeigt (Morlok u.a. 2012: 9 ff.).

Mit der rechtlichen Gleichstellung und dem Wahlerfolg auf Landesebene stellt sich zwangsläufig die Frage, ob es zwischen Wählergemeinschaften und Parteien eigentlich noch einen gravierenden Unterschied gibt. Der wissenschaftliche Diskurs dreht sich seit geraumer Zeit um diese Problematik. Die Frage konnte teilweise von den Freien Wählern mit ihrer weitreichenden Umstrukturierung in den letzten Jahren selbst beantwortet werden. Der Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V. versteht sich als Dachorganisation für die kommunalen Wählergemeinschaften während die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER als wählbares Äquivalent auf Landes-, Bundes und Europaebene fungiert. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER wird beim Bundeswahlleiter mit Parteiunterlagen geführt. Sie ist eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten. „[Die doppelte] Organisationsstruktur (...) ermöglicht es den Mitgliedern der Freien Wähler sich frei zu entscheiden, ob sie sich nur auf kommunaler Ebene, nur auf überregionaler Ebene, auf beiden Ebenen zusammen oder je nach Bedarf und Einsatzbereitschaft abwechselnd politisch engagieren wollen“ (Breitenfellner 2012: 232).

3.1.1 Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V.

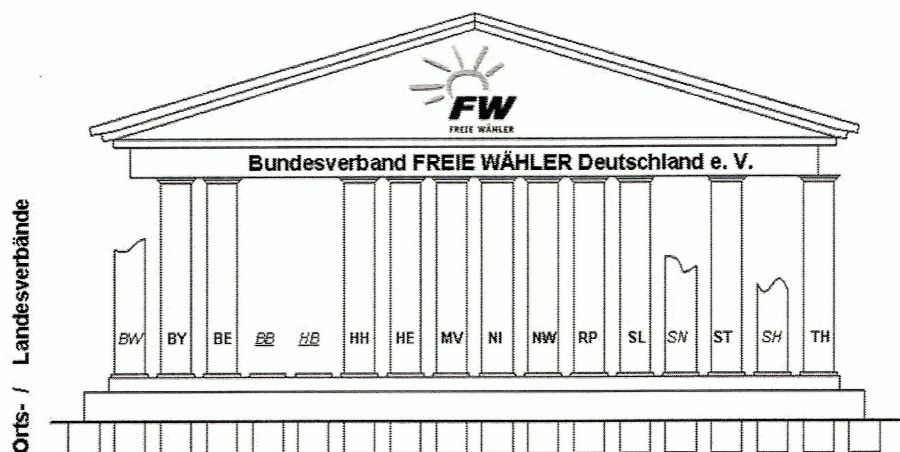
Die Keimzelle der Freien Wähler ist die Kommunalpolitik. Bereits nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen sich auf kommunaler Ebene parteiunabhängige Bürger verstärkt zu Wählergemeinschaften zusammenzuschließen. Die ersten Ortsverbände der Freien Wähler wurden ins Leben gerufen. Der anhaltende Aufstieg der Freien Wähler bedingte im weiteren Verlauf die Gründung eigenständiger Landesverbände. Der Freie

⁸ „Unter die Bezeichnung *Freie Wähler* fallen (...) diejenigen [Wählergemeinschaften] und Parteien, die als klares Abgrenzungsmerkmal zu anderen politischen Akteuren „Freie Wähler“ als Namensbestandteil führen und auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene organisiert sind. Dies resultiert zwangsweise aus der uneinheitlichen Namensgebung dieser politischen Akteure, da deren Nomenklatur sowohl die Abkürzungen „FW“, „UWG“ sowie „FWG“ als auch „Freie Wähler“ und „FREIE WÄHLER“ umfasst“ (Morlok u.a. 2012: 9).

Wähler Landesverband Baden-Württemberg e.V. wurde bereits 1956 gegründet (Breitenfellner 2012: 227).

Der Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V. wurde folgerichtig am 21. Februar 1965 in Frankfurt am Main aus der Taufe gehoben. Die Gründung war eine Reaktion auf die Erdrosselungs- und Behinderungstaktik der politischen Parteien, wie es Erich Weller, der damalige Landesvorsitzende des Landesverbandes der Freien Wähler in Baden Württemberg formulierte. Sie erfolgte auf die zunehmend restriktive Wahlgesetzgebung der regierenden Parteien. Diese versuchten die Kommunalwahlgesetze dergestalt zu ändern, dass es nur noch politischen Parteien erlaubt sein sollte, Wahllisten aufzustellen. Sie betrachteten die Wählergemeinschaften als unliebsame Konkurrenten (Breitenfellner 2012: 228 f.).

Abbildung 5: Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V.



Quelle: Breitenfellner 2012: 230.

Die Abb. 5 zeigt die zwölf Landesverbände der Freien Wähler die im Bundesverband organisiert sind. Die Säule SN für Sachsen ist fälschlicherweise nicht vollständig dargestellt. Der Landesverband Freie Wähler Sachsen e.V. gehört ebenfalls dem Bundesverband an, wie auch das einheitliche Logo verdeutlicht. Die Landesverbände der Freien Wähler aus Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind demnach Mitglieder des Bundesverbandes. Die Freien Wähler haben nach eigenen Angaben ca. 280.000 Mitglieder. Sie verfügen damit über mehr eingetragene Anhänger als FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zusammen. Der Landesverband Schleswig-Holstein ist dem Bundesverband bisher nicht beigetreten. Der Landesverband Baden-Württemberg ist dagegen Anfang 2009 aus Protest gegen die Teilnahme an der Europawahl aus dem Bundesverband ausgetreten. Darüber hinaus hat der Bundesverband im April 2009 die Landesverbände Brandenburg und Bremen wegen rechtsextremer Unterwanderung in deren Führungsriege selbst ausge-

schlossen (Morlok u.a. 2012: 18 f.). Der Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V. vertritt somit einen Großteil der kommunalen Wählergemeinschaften. Zum tieferen Verständnis muss erwähnt werden, dass nicht alle Wählergemeinschaften im jeweiligen Landesverband vertreten sind. In Nordrhein-Westfalen gehören nur 34,2 % der kommunalen Wählergemeinschaften dem dortigen Landesverband der Freien und Unabhängigen Bürger- und Wählergemeinschaften im Lande Nordrhein-Westfalen e.V. an. In absehbarer Zeit ziehen in Nordrhein-Westfalen jedoch weitere 30 % eine Mitgliedschaft in Erwägung (Winter/Hintze 2010: 15).

Der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes FREIE WÄHLER Deutschland e.V. ist Hubert Aiwanger. Er hat das Amt von Armin Grein im Jahr 2010 übernommen. Armin Grein war von 1994 bis 2010 Bundesvorsitzender und wurde mittlerweile zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Der Bundesverband und die meisten Mitgliedsverbände bevorzugen die Marke *Freie Wähler*. Das Logo (Abb. 6) ist nahezu einheitlich gestaltet. Nur die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Bayern weichen in kleinen Nuancen davon ab.

Abbildung 6: Logo Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V.



Quelle: Wikipedia, 2013a.

3.1.2 Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

Ein kommunales Zölibat hat es bei den Freien Wählern trotz anders lautender Aussagen nie gegeben. Der Freie Wähler Landesverband Baden-Württemberg e.V. beschreibt unter § 2 in seiner geänderten Satzung vom 21. April 2012 den Zweck der Organisation wie folgt:

„Der Landesverband der Freien Wähler Baden-Württemberg ist als Interessenvertretung der Freien Wähler deren Dachorganisation. Er ist keine Partei. Zu den Zielen des Landesverbandes gehört die Beteiligung an der politischen Wil-

lensbildung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen unter Wahrung der Eigenständigkeit der örtlichen Gliederungen der Freien Wähler.“

In die Satzung wurde mittlerweile zwar ein Anti-Parteien-Passus eingesetzt, aber die politische Beteiligung auf allen Ebenen wurde explizit nicht entfernt. Es war auch jener Landesverband Baden-Württemberg, der als Erster am 9. März 1952 an einer Landtagswahl teilnahm.

Ein Landesverband ist in aller Regel ein reiner Verbändeverband. Er besteht aus juristischen Personen (Ortsverbänden) und kann daher normalerweise nicht bei Wahlen auf Landes- und Bundesebene antreten. Deshalb gründeten in der Vergangenheit einzelne Landesverbände unabhängige Landeswählergruppen oder -parteien um an Landtagswahlen teilzunehmen (Breitenfellner 2012: 227 ff.). Einige Landeswahlgesetze sind dagegen nicht so restriktiv. Das bayerische Landeswahlgesetz erlaubt explizit in Art. 23 LWG, dass Wahlvorschläge sowohl von politischen Parteien als auch von sonstigen organisierten Wählergemeinschaften eingereicht werden können. Das Bundeswahlgesetz gestattet jedoch nach § 18 Abs. 1 BWG nur den Parteien Wahlvorschläge für die Bundestagswahl einzureichen.

Nach mehreren erfolglosen Versuchen gelang es den Freien Wähler im Jahr 2008 endlich in einen Landtag einzuziehen. Die organisierte Wählergruppe FW FREIE WÄHLER Bayern e.V. wurde bei der Landtagswahl mit 10,2 % sogar drittstärkste Fraktion im Maximilianeum. Nach diesem Wahlerfolg versuchten die Freien Wähler auch auf Bundesebene ihr Glück. Am 24. Januar 2009 wurde die Bundeswählergruppe FW Freie Wähler e.V. gegründet, um an der Europawahl im selben Jahr teilzunehmen. Die Spitzenkandidatin der Freien Wähler war die ehemalige CSU-Rebellin Dr. Gabriele Pauli MdL. Die Bundeswählergruppe erzielte nach gerade einmal vier Monaten Vorlaufzeit mit 1,7 % ein respektables Europawahlergebnis. Nur die Fünf-Prozent-Hürde verhinderte den Einzug ins Europaparlament. Die Gründung der Bundeswählergruppe stellte allerdings „eine entscheidende Etappe für die organisatorische Entwicklung der Freien Wähler dar“ (Breitenfellner 2012: 231). Die Freien Wähler schufen mit der Bundeswählergruppe zum ersten Mal eine länderübergreifende Organisationsstruktur, die sich als wählbares Äquivalent zum Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V. direkt politisch betätigen konnte (Breitenfellner 2012: 232).

Am 20. Februar 2010 wurde die Bundeswählergruppe schließlich in die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER umstrukturiert. Die Bundesvereinigung ist eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Sie bezeichnet sich zwar in ihrer Satzung als politische Vereinigung, geht aber selbst von ihrer Parteieigenschaft aus, wie die Vorschriften zur Rechenschaftslegung gemäß §§ 23 ff. PartG zeigen. Die bestehenden Landeswählergruppen und -parteien wurden daraufhin aufgefordert, in Form von Landesvereinigung-

gen der Bundesvereinigung als regionale Gebietsverbände nach § 4 Abs. 2 PartG beizutreten (Breitenfellner 2012: 233). Die Beitritte wurden zum großen Teil aus den entsprechenden Landesverbänden heraus organisiert. Es wurde jedoch auch gegen den Widerstand des entsprechenden Landesverbandes eine Gründung forciert. Der baden-württembergische Landesverband strengte daraufhin sogar eine Namensrechtsklage gegen die Bundesvereinigung an (StZ 11.11.2010). Die Bundesvereinigung umfasst mittlerweile 14 Landesvereinigungen und hat nach eigenen Angaben ca. 5.000 Mitglieder. Am 8. Mai 2010 gründete sich mit der Landesvereinigung Freie Wähler Rheinland-Pfalz der erste Landesverband. Die Freien Wähler Hessen haben bei ihrer Mitgliederversammlung am 4. Februar 2012 in Wiesbaden als vorerst letzte Landesvereinigung den Beitritt beschlossen (FREIE WÄHLER Hessen 2012). Die Freien Wähler Thüringen und die Freien Wähler Bremen gehören der Bundesvereinigung bislang nicht an.

Die neuen Landesvereinigungen können jedoch nicht immer als politischer Arm der kommunalen Wählergemeinschaften bzw. ihres Landesverbandes angesehen werden. Im Saarland beispielsweise distanzierte sich vor der Landtagswahl 2012 die überwiegende Mehrheit der kommunalen Wählergemeinschaften von der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Saarland. Sie forderten nach dem enttäuschenden Wahlausgang, mit lediglich 0,9 %, den Rücktritt des Parteivorsitzenden Prof. Dr. Bernd Richter (SaZ 28.03.2012). Ein weiteres Beispiel ist die Teilnahme der Freien Bürger-Initiative Freie Wähler bei der Landtagswahl 2012 in Nordrhein-Westfalen. Diese Partei ist nicht mit der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Nordrhein-Westfalen zu verwechseln (Landtagswahl NRW 2012).

Die Bundesmitgliederversammlung der Freien Wähler hat am 16. Juni 2012 in Geiselwind die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 beschlossen. Die Bundesvereinigung braucht wegen der Fusion mit den FREIEN WÄHLER Bayern im Jahr 2011 keine Unterstützerunterschriften für die Bundestagswahl zu sammeln (Freie Wähler Bayern 2011). Diese werden laut § 18 Abs. 2 BWG nur von denjenigen Parteien benötigt, die bisher nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten sind.

Der erste Bundesvorsitzende der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist Hubert Aiwanger. Er hat maßgeblichen Anteil daran, dass die Bundesvereinigung gegründet wurde und an der kommenden Bundestagswahl teilnimmt. Das Logo der Bundesvereinigung (Abb. 7) mit ihren Untergliederungen ist einheitlich gestaltet und ähnelt demjenigen des Bundesverbandes. Es besitzt einen blauen Schriftzug FREIE WÄHLER, wobei die Ä-Striche durch ein orangefarbenes Häkchen ersetzt sind und sich links darüber eine aufgehende Sonne befindet. Die einzelnen Untergliederungen führen den jeweiligen Gebietsnamen unterhalb des Schriftzuges FREIE WÄHLER in Orange, in Hamburg auf blauem Grund in Gelb.

Abbildung 7: Logo Bundesvereinigung FREIE WÄHLER



Quelle: Wikipedia, 2013b.

3.2 Wählergemeinschaften im politischen System Deutschlands

3.2.1 Kommunale Ebene

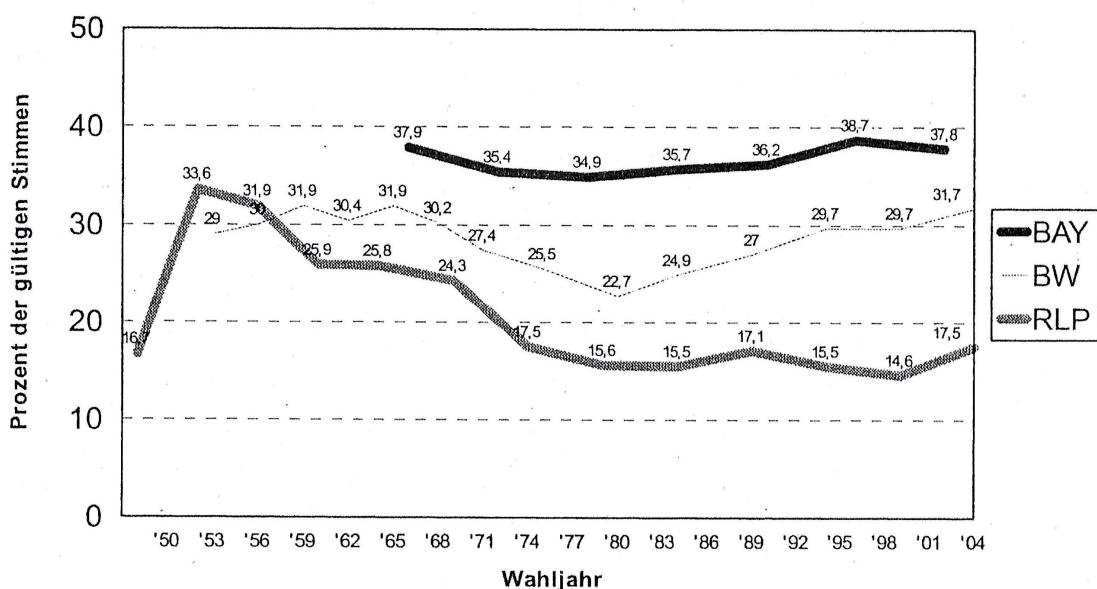
Die Wählergemeinschaften sind seit Jahrzehnten fester Bestandteil der Kommunalpolitik. Sie beteiligten sich zuletzt an drei Vierteln aller Kommunalwahlen und errangen dabei im Durchschnitt mehr als 35 % der Stimmen. Die Wählergemeinschaften erzielten traditionell in Süddeutschland große Wahlerfolge. In vielen, vornehmlich kleineren Gemeinden stellen sie den Bürgermeister und gehören dem Mehrheitslager im Gemeinderat an. In Baden-Württemberg beispielsweise stellen sie seit 2009 ca. 45 % aller Gemeinderäte. In den neuen Bundesländern sind sie sogar noch erfolgreicher, da dort die Organisationsdichte der Parteien gering ist und viele Menschen nach der SED-Herrschaft den Parteien insgesamt ablehnend gegenüberstehen (Morlok u.a. 2012: 9 ff.). Das deutschlandweit beste Wahlergebnis mit 51,8 % erzielten die Wählergemeinschaften bei der Kommunalwahl 2008 in Schleswig-Holstein (Eith 2012: 147).

Die Entwicklung der Wählergemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland wird in drei Phasen eingeteilt: „Eine erste Phase relativer Stärke zwischen Ende der 1940er bis Mitte der 1960er Jahre, auf die eine relativ starke Abnahme der Stimmanteile insb. Anfang der 1970er Jahre folgte und anschließend seit den späten 1980er Jahren eine moderate Aufschwungphase“ (Holtkamp/Eimer 2006: 252). Der Fall und Wiederaufstieg der Wählergemeinschaften kann durch kommunale Rahmenbedingungen sowie lang- und kurzfristige Einflüsse erklärt werden. Das Kommunalrecht, die Parteibindung wie auch das Kandidaten- und Themenangebot besitzen einen großen Einfluss auf die Wahlergebnisse (Holtkamp/Eimer 2006: 250).

Der Wandel der kommunalen Rahmenbedingungen ist ein wesentlicher Faktor für die Erklärung des Wiederaufstiegs der Wählergemeinschaften. In Baden-Württemberg, Bayern und mitunter auch in Rheinland-Pfalz weisen die Wählergemeinschaften im Zeitverlauf eine geringe Schwankung ihrer Stimmenanteile auf (Abb. 8). Sie erzielten in

diesen Bundesländern durchweg hohe Wahlergebnisse. Für Baden-Württemberg und Bayern können die Wahlerfolge auf die besondere politische Kultur mit ihrem tief verwurzelten Antizentralismus zurückgeführt werden. Das personenorientierte Wahlrecht mit Kumulieren und Panaschieren bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Fünf-Prozent-Hürde wirkt sich ebenfalls positiv aus. In Baden-Württemberg begünstigt zudem ein starker Landesverband die Wahlerfolge. Er nahm in der Vergangenheit stets massiven Einfluss auf die Landespolitik. Der Landesverband wurde von den Landesregierungen sogar finanziell unterstützt und sicherte im Gegenzug ein kooperatives Verhalten bei Landtagswahlen zu. In Bayern muss die besondere Stellung der CSU in die Betrachtung einbezogen werden. Die überwiegend konservative Landbevölkerung war bis vor wenigen Jahren auf Landesebene in ihrer Wahlentscheidung nahezu alternativlos. Bei den Kommunalwahlen bieten die Wählergemeinschaften dagegen eine willkommene Alternative zur CSU (Holtkamp/Eimer 2006: 252 ff.).

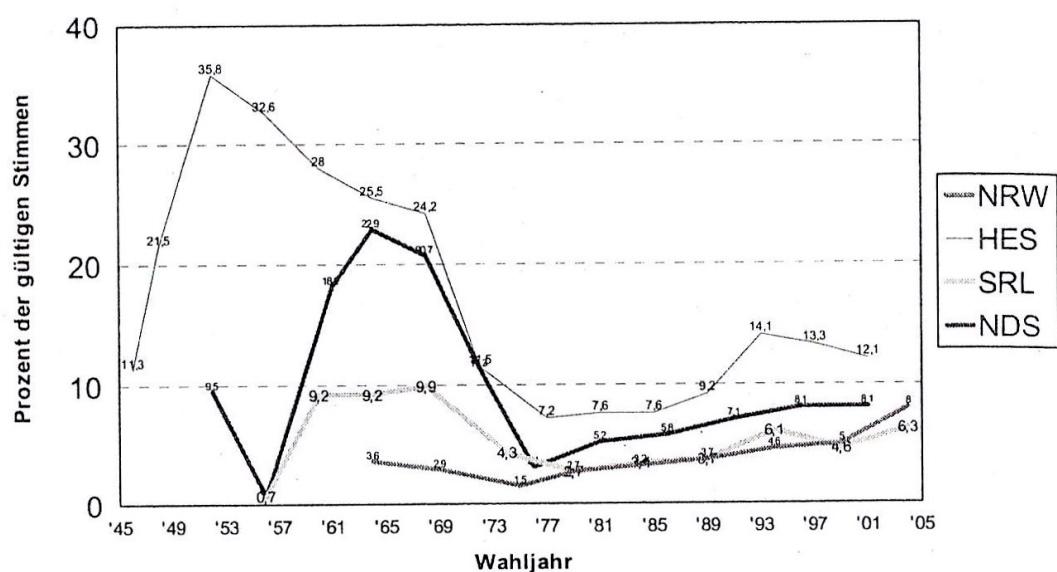
Abbildung 8: Stimmenanteile Wählergemeinschaften BW, BY, RP



Quelle: Holtkamp/Eimer 2006: 255.

Die Wählergemeinschaften in Hessen, Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verzeichnen dagegen im Zeitverlauf starke Schwankungen ihrer Stimmenanteile (Abb. 9). Die Wahlergebnisse waren bei den drei letztgenannten Bundesländern in den 1950er Jahren sehr niedrig und stiegen bis Ende der 1960er Jahre an. Dieser Verlauf kann auf die restriktive Kommunalwahlgesetzgebung und die anschließende Unzulässigkeitserklärung durch das Bundesverfassungsgericht zurückgeführt werden. In Hessen bremste anfangs eine 15 Prozent-Hürde den Erfolg der Wählergemeinschaften. Erst als diese auf 5 Prozent gesenkt wurde, traten wieder mehr Wählergemeinschaften zur Wahl an (Holtkamp/Eimer 2006: 254 ff.).

Abbildung 9: Stimmenanteile Wählergemeinschaften HE, SL, NI, NW



Quelle: Holtkamp/Eimer 2006: 256.

Die massiven Stimmeneinbrüche in den 1970er Jahren sind dagegen einer radikalen Gebietsreform geschuldet. Im Saarland existierte danach keine Kommune mehr unter 5.000 Einwohnern und in Nordrhein-Westfalen gehören nur noch 0,6 % der Gemeinden dieser Größenklasse an. Die kleinen Kommunen sind aber in aller Regel die Hochburgen der Wählergemeinschaften. In Baden-Württemberg gehören 53 %, in Bayern 75 % und in Rheinland-Pfalz 94 % aller Gemeinden dieser Größenklasse an. Die Gemeindegröße kann somit als eine weitere Ursache für die hohen Stimmenanteile angesehen werden (Holtkamp/Eimer 2006: 256 f.).

Die Wählergemeinschaften in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland konnten sich von dem Doppelschlag mit faktischem Verbot und radikaler Gebietsreform zunächst nicht wieder erholen. So war die Gebietsreform in Niedersachsen verantwortlich für die Auflösung von zahlreichen Wählergemeinschaften. Die dramatische Lage der Wählergemeinschaften hat sich erst Ende der 1980er Jahre entspannt, als sich die rechtlichen Rahmenbedingungen wieder verbesserten. Die Möglichkeit von Kumulieren und Panaschieren sowie die Aufhebung der Fünf-Prozent-Hürde hatte auch in Hessen eine positive Auswirkung. Ein restriktives Kommunalwahlrecht existiert nur noch im Saarland (Holtkamp/Eimer 2006: 258 ff.).

Der Parteienwandel ist eine weitere Ursache für den Wiederaufstieg der Wählergemeinschaften. Die zurückgehende Zahl der Parteimitglieder, die sinkende Identifikation der Wähler und die Überalterung der Parteien sind Belege für eine zunehmende Distanz zwischen Bürger und Parteien. Die abnehmende Parteibindung der Volksparteien auf nationaler Ebene schlägt sich auch auf kommunaler Ebene nieder. Der Organisati-

onsgrad der Parteien nimmt zudem mit kleineren Kommunen ab. Die Parteien sind in kleinen Gemeinden kaum mehr in der Lage eigene Listen aufzustellen. Von diesem Rückgang profitieren die Wählergemeinschaften (Holtkamp/Eimer 2006: 260 ff.).

Der Strukturwandel der Wählergemeinschaften gilt als weiterer Faktor für den kommunalen Wahlerfolg. Die ersten Wählergemeinschaften waren überwiegend mittelständisch orientiert. Everhard Holtmann geht davon aus, dass Konflikte auch zunehmend in kleineren Städten auftreten. Die Träger sind häufig gut gebildete Neubürger aus der Mittelschicht mit postmaterialistischen Orientierungen. Mit dieser Entwicklung tritt nun eine neue Variante von Wählergemeinschaften auf. Diese unterscheiden sich deutlich von den traditionellen Wählergemeinschaften und besitzen ein weitaus pragmatischeres Verhältnis zur Parteipolitik. Bei der Entstehung der neuen Wählergemeinschaften dominieren der Protest gegen Großprojekte und die Unzufriedenheit mit den Parteien und der Kommunalpolitik. Der Strukturwandel der Wählergemeinschaften führt dazu, dass sie auch in kreisfreien Städten über ihr ursprünglich liberal-konservatives Klientel hinaus Wähler gewinnen können. Die neuen Wählergemeinschaften sind konfliktorientierter und bleiben durch die bestehende Distanzierung zu Parteien auch für Protestwähler attraktiv (Holtkamp/Eimer 2006: 264 ff.).

3.2.2 Landes-, Bundes- und Europaebene

Die Wählergemeinschaften können auf kommunaler Ebene beachtliche Wahlerfolge aufweisen. Aus diesem Selbstverständnis heraus, nehmen sie auch vermehrt an Landtagswahlen teil. Die Bundes- und Europaebene rückt zudem in den erweiterten Fokus der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER.

Die Wählergemeinschaften haben bisher an 38 Landtagswahlen in allen Bundesländern teilgenommen (Abb. 10). Dabei haben die FREIEN WÄHLER Bayern bei der Landtagswahl 2008 mit 10,2 % das bemerkenswerteste Ergebnis erzielt. Die bescheidenen Wahlergebnisse bei anderen Wahlen dürfen jedoch nicht unterschätzt werden. Die Wählergemeinschaften traten dort teilweise zum ersten Mal an und erzielten mit 2 oder 3 % ein respektables Wahlergebnis. In diesem Zusammenhang sind die Wahlergebnisse von Thüringen mit 3,9 % und Sachsen-Anhalt mit 2,8 % hervorzuheben (Behnke 2012: 121 f.). Die Abb. 10 verdeutlicht darüber hinaus, dass die Wählergemeinschaften insb. die Freien Wähler seit dem Jahr 2006 verstärkt an Landtagswahlen teilnehmen. Dies hat vor allem mit der personellen und programmatischen Ausrichtung der Freien Wähler unter Hubert Aiwanger zu tun. Aiwanger wurde im Jahr 2006 zum Landesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER Bayern gewählt und unterstrich bereits in seiner Vorstellungsrede den künftigen landespolitischen Anspruch. Als Bundesvorsitzender der FREIEN WÄHLER versucht er seitdem seinen ambitionierten Kurs auch in den anderen Bundesländern fortzusetzen.

Abbildung 10: Zweitstimmenergebnisse der Wählergemeinschaften bei Landtagswahlen

Jahr	Bundesland und Anteil an Zweitstimmen					
1952	BW 0,8 %					
1955	RP 2,9 %					
1967	NI 0,4 %					
1975	RP 0,2 %					
1978	HE 0,2 %					
1987	RP 1,5 %	SH 1,3 %				
1988	SH 0,8 %					
1994	SL 0,5 %	BB 0,2 %	BY 0,1 %			
1998	BY 3,7 %					
1999	HE 0,4 %	SL 0,7 %	BB 0,6 %			
2001	RP 2,5 %					
2003	BY 4,0 %					
2004	TH 2,6 %					
2006	RP 1,6 %	MV 0,4 %				
2008	NI 0,5 %	HE 0,9 %	BY 10,2 %			
2009	HE 1,6 %	TH 3,9 %	SN 1,4 %	SL 0,8 %	SH 1,0 %	BB 1,7 %
2011	HH 0,7 %	RP 2,3 %	ST 2,8 %	HB 0,2 %	MV 1,1 %	BE 0,0 %
2012	SL 0,9 %	SH 0,6 %	NW 0,3 %			

Quelle: Eigene Darstellung.

An der Bundestagswahl 1949 haben einzelne Wählergemeinschaften teilgenommen. Die Wählergemeinschaft Notgemeinschaft erreichte damals im Bundesgebiet 1,0 % und die Freie Wählergemeinschaft Notgemeinschaft 0,1 % (Schröder 2011). Für die erste Bundestagswahl gab es ein eigenes Wahlgesetz, da der Parlamentarische Rat sich nicht auf ein verfassungsrechtliches Wahlsystem festlegen konnte. Der Wähler hatte bei dieser Bundestagswahl nur eine Stimme. Erst zur dritten Bundestagswahl verabschiedete der Deutsche Bundestag ein gültiges Bundeswahlgesetz (Fehndrich u.a. 2011). Das Bundeswahlgesetz wurde danach mehrfach geändert und das Wahlvorschlagsrecht weiter eingeschränkt. Die rechtliche Verschärfung der Wahlteilnahme wirkte sich auf die Partizipation von Wählergemeinschaften erwartungsgemäß negativ aus. Nach § 18 Abs. 1 BWG dürfen Wahlvorschläge zur Bundestagswahl nur von Parteien und Wahlberechtigten eingereicht werden. Die Parteien haben die Möglichkeit, in jedem Wahlkreis einen Bewerber vorzuschlagen und Landeslisten einzureichen. Die Wahlberechtigten, die nicht als Partei auftreten, können dagegen nur Bewerber für

einen Wahlkreis vorschlagen. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER hat angekündigt an der Bundestagswahl 2013 teilzunehmen.

Die Bundeswählergruppe FW Freie Wähler e.V. trat zur Europawahl 2009 an. Sie erzielte mit 1,7 % ein respektables Wahlergebnis, scheiterte allerdings an der Fünf-Prozent-Hürde. Das Bundesverfassungsgericht hat nachträglich in seinem Urteil vom 9. November 2011 die Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht für verfassungswidrig erklärt (BVerfG 2011). Demnach wird die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments durch den Einzug von kleinen Parteien aus Deutschland nicht beeinträchtigt. Mit der Folge, dass zur nächsten Europawahl im Jahr 2014 die Fünf-Prozent-Hürde keine Gültigkeit mehr besitzt. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit für die kleinen Parteien ein Mandat zu erringen und ins Europäische Parlament einzuziehen.

3.3 Ziele der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

In diesem Abschnitt werden nun die Absichten der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER mit den herausgearbeiteten Merkmalen des Populismus (Abschnitt 2.3.2.1) und Rechtspopulismus (Abschnitt 2.3.2.2) verglichen. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER wird im Folgenden mit den Freien Wähler gleichgesetzt, soweit nichts anderes angegeben ist.

3.3.1 Kriterien des Populismus

Partei einer charismatischen Führungspersönlichkeit

Hubert Aiwanger ist Bundesvorsitzender des Bundesverbandes FREIE WÄHLER Deutschland e.V., der Partei Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, Landesvorsitzender der Freien Wähler in Bayern, sowohl des Landesverbandes der Wählergemeinschaften als auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler Bayern e. V. im bayerischen Landtag. Die Ämterkumulation verdeutlicht, dass er alle wichtigen Fäden innerhalb der Freien Wähler in seinen Händen hält. Er besitzt eine außerordentliche Machtfülle. Aiwanger verkörpert die Freien Wähler und vertritt diese auch medial nach außen. Für die Menschen sind die Begriffe *Aiwanger* und *Freie Wähler* nahezu deckungsgleich. Es gibt derzeit keine nennenswerte Gruppierung bzw. Partei in Deutschland, die so auf eine Führungsfigur zugeschnitten ist wie die Freien Wähler (Müller 2012a: 30).

Aiwanger wurde am 26. Januar 1971 in Ergoldsbach, Landkreis Landshut geboren. Er ist mit der bayerischen Landtagsabgeordneten Tanja Schweiger (FW) liiert. Das Paar ist nicht verheiratet und hat einen gemeinsamen Sohn (SZ 05.10.2012: 34). Aiwanger ist studierter Diplomagraringenieur. Das Studium an der Fachhochschule Weihenstephan finanzierte er mit Hilfe der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung. Er bewirtschaftete vor und auch noch während der aktiven Politikzeit zusammen mit seinen Eltern den Hof in Rahstorf bei Rottenburg an der Laaber. Mit 20 Milchkühen und 50 Zuchtsauen

muss er keine Bodenhaftung vortäuschen (Auer 2008: 49). So ließ er die Presse am Wahltag zum 16. Bayerischen Landtag wissen, dass er zuvor noch den Stall ausgemistet habe. Er besitzt keinen politischen Werdegang und pflegt sein Image als Nichtpolitiker. Dies verhilft ihm, seine Aussagen mit dem Prädikat glaubwürdig zu unterlegen (SZ 29.09.2008: 3). Er bezeichnet sich selbst als Weltverbesserer-Typ.

Aiwanger ist ein politisches Talent. Er spricht stets ohne Redemanuskript, ohne Stottern und mit markanten Sprüchen. „Das wäre früher ein Kriegsgrund gewesen“ (Thym 2006a: 49), fasst er z.B. die Situation der armen nördlichen Kommunen in Bayern zusammen. Aiwanger zog es relativ spät in die Politik. In einer denkbar knappen Kampf-abstimmung wurde er am 25. März 2006 zum neuen Landesvorsitzenden der Freien Wähler gewählt. In seiner Vorstellungsrede sorgte er bereits für einen Eklat, als er den Einzug in den Landtag als oberste Priorität ausgab (Schneider 2006: 41). Er leitete bereits damals den Kurswechsel, weg von einer kommunalen Organisation zu einer überregionalen Partei ein. Aiwanger ist ein kluger und strategisch denkender Kopf. Die Freien Wähler haben es daher größtenteils seinem Engagement zu verdanken, dass sie in den bayerischen Landtag eingezogen sind. Er hatte im Vorfeld die Organisationsstrukturen so verbessert, dass eine realistische Wahlchance bestand. Er hat u.a. die unabhängigen Wählergemeinschaften dazu angehalten sich unter dem Dach Freie Wähler zu vereinigen. Darüber hinaus traten die Freien Wähler mit eigenen Direktkandidaten in großen Städten an und besaßen Kandidaten auf allen Stimmzetteln. Im weiteren Verlauf hat er die Freien Wähler so aufgestellt, dass sie mit der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER auch an überregionalen Wahlen problemlos teilnehmen können.

Aiwanger führt die Freien Wähler mit einem autokratischen Stil. Er regiert auf allen Parteebenen mit harter Hand. In der Partei schlägt ihm dafür Bewunderung, aber auch offene Ablehnung entgegen. Die Machtfülle und der autokratische Führungsstil rufen regelmäßig parteiinterne Kritik hervor. Die Kritiker bemängeln vor allem die dünne Personaldecke beim Spitzenpersonal (Sebald 2011: 31). Aiwanger geht mit Kritikern in den eigenen Reihen jedoch nicht gerade zimperlich um. Er stellt sie kalt, wirft sie aus der Partei oder die Personen gehen freiwillig. Die ehemalige Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner warf ihm mangelnde Teamfähigkeit vor. Der Landesvorstand der Jungen Freien Wähler Bayern trat aus Protest gegen ihn im Januar 2012 geschlossen zurück. Ein prominentes Beispiel ist Gabriele Pauli. Einige Freie Wähler und viele Journalisten sahen vor der Landtagswahl 2008 in ihr die neue Hoffnung der Freien Wähler. Aiwanger jedoch erkannte ihre zwiespältige Persönlichkeit, ließ sie aus wahl-taktischen Gründen gewähren, bis sie sich schließlich selbst ins Abseits stellte. Diese politische Auffassungsgabe ist ein weiterer Wesenszug von Aiwanger. Die einen sehen in ihm einen radikalen Politbauern, die anderen den kommenden Anführer einer bundesweiten Kraft.

Anti-Partei-Partei

Die Freien Wähler bezeichnen sich nicht als Partei, sondern als politische Vereinigung (Freie Wähler 2009: 2). Sie haben unter der Regie von Aiwanger eine bemerkenswerte Organisationsstruktur geschaffen. Die derzeitige Struktur kann als Mutterkonzern mit Tochtergesellschaften bezeichnet werden. Sie ermöglicht es den Mitgliedern je nach Bedarf und Einsatzbereitschaft entweder nur auf kommunaler, nur auf überregionaler oder auf beiden Ebenen sich politisch zu engagieren (Breitenfellner 2012: 232). Die Freien Wähler unterscheiden sich somit strukturell von einer klassischen Partei.

Die Freien Wähler versuchen sich mit ihrer teils aggressiven Rhetorik gegenüber anderen Parteien abzugrenzen. Der Hauptgegner der Freien Wähler im bayerischen Landtagswahlkampf 2008 war die CSU. Sie wetterten gegen die *Einparteien-Demokratie*. Aiwanger warf der CSU vor, ihre Politik sei korrupt und gekauft (SZ 17.01.2007: 33). Er setzte die CSU mit Filz, Vetternwirtschaft und Seilschaften gleich. Die CSU zeige kein Interesse am kleinen Mann und der ländliche Raum werde von ihr lediglich als Stimmvieh missbraucht. Auch im weiteren Verlauf blieb die CSU Ziel seiner Agitation. In Verbindung mit der *Umfrage-Affäre*⁹ unterstellte er der CSU, dass diese sich benehme „wie eine Besatzungsmacht in einem fremden Staat“ (SZ 13.08.2010: 27). Die Freien Wähler sind für eine Begrenzung des Parteieneinflusses in Politik und Gesellschaft. Sie wollen den Einfluss von Lobbyisten auf die Politik eindämmen und Konzernspenden an politische Gruppierungen verbieten. Die Spendenzahlungen an Parteien in Millionenhöhe bezeichnen sie als legale Korruption. Sie lehnen die Aufsichtsrats- und Berater Tätigkeiten von Mandatsträgern im nichtöffentlichen Bereich rigoros ab (Freie Wähler 2010: 1). Im gleichen Atemzug stehen sie für starke Mandatsträger ohne Fraktionszwang. Aiwanger stempelt dagegen die Abgeordneten der CSU als bloße Flossenheber ab (Freie Wähler 2012: 2). Im angehenden Bundestagswahlkampf bezeichnet er die Parteien im Bundestag als „schwarz-rot-grün-gelbe Versagertruppe“ (Müller 2012b: 34).

Die Freien Wähler wollen einen schlanken Staat und mehr plebiszitäre Elemente. „Der Staat kann und muss nicht alles regeln“ (Freie Wähler 2012: 21). Im Gegensatz zu den etablierten Parteien wollen sie nach eigenem Diktum eine sachbezogene Politik zum Wohle der Menschen betreiben. Aiwanger behauptet, dass nur die Freien Wähler die Themen des kleinen Mannes ansprechen. Der Bürger werde bei ihnen im Unterschied zur CSU gehört.

Im Grundsatzprogramm schreiben die Freien Wähler, dass sie „eine parteiübergreifende Zusammenarbeit einer ideologischen Parteipolitik“ (Freie Wähler 2012: 1) vorziehen.

⁹ Als Umfrage-Affäre wird die Angelegenheit bezeichnet, bei der im Sommer 2010 die CSU auf Staatskosten eine Parteienstudie in Auftrag gab.

Im Vorfeld der letzten und kommenden Landtagswahl in Bayern erklären sie sich stets bereit an einer Koalitionsbildung mitzuwirken. Die Risiken einer Regierungsbeteiligung waren und sind Aiwanger selbstverständlich bewusst. In einer Regierung müssten sie ihrer teils aggressiven Rhetorik abschwören und Taten folgen lassen. Daher äußerte Aiwanger sich wie folgt: „Wir werden uns nicht in einen Lagerwahlkampf hineindrängen lassen. Wir gehören schließlich keinem Lager an - wir sind Freie Wähler“ (SZ 21.09.2011: 30).

Anti-Establishment-Partei

Die Freien Wähler beklagen den ihrer Ansicht nach erheblichen Einfluss der Großkonzerne auf die Politik. Sie wollen eine Offenlegung der vertretenen Gruppeninteressen und fordern eine transparente Lobbypolitik (Freie Wähler 2012: 2). In ihrer Rhetorik gehen sie sogar noch einen Schritt weiter, wie die folgende Aussage von Aiwanger verdeutlicht:

"Die CSU ist zu nahe an den Großkonzernen. Dieser Einfluss hat sie kaputtgemacht. Im Prinzip ist eine bayrische Volkspartei feindlich übernommen worden, und der Bürger hat es nur noch nicht bemerkt" (Thym 2006b: 45).

Die Freien Wähler nehmen für sich selbst in Anspruch keine Konzernspenden anzunehmen und somit eine unabhängige, bürgerfreundliche Politik betreiben zu können. Sie prangern einen Nachteil für die Bevölkerung durch die Verstrickung der Politik in den Aufsichtsräten an. Aiwanger sieht vor, die börsennotierten Unternehmen zurückzudrängen und stattdessen den Mittelstand mehr zu fördern. Er stellt die Monopolstellung der Großkonzerne in Frage und will diese schlussendlich auch „in irgendeiner Form zerschlagen“ (SZ 14.08.2008: 49). In einer anderen Situation bezeichnete er den mit Experten besetzten Zukunftsrat der bayerischen Staatsregierung als McKinsey-Chaoten. Eine negative Einstellung zum politischen und wirtschaftlichen Establishment lässt sich so nicht von der Hand weisen.

Die Freien Wähler lehnen die derzeitige Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung ab. In diesem Zusammenhang werfen ihnen die etablierten Parteien billigen Populismus vor. Sie - die Freien Wähler - sehen sich als Opfer des Establishments und zu Unrecht an den Pranger gestellt. In dieser Frage sieht Aiwanger sich auf der Seite der schweigenden Mehrheit. Die Freien Wähler seien die einzige politische Kraft der Mitte, die die Befürchtungen der Menschen artikuliert (Müller 2012a: 30).

Partei des Tabubruchs

Aiwanger versteht das Spiel mit der rhetorischen Zuspitzung. Er setzt gezielte Tabubrüche, um sich der medialen Aufmerksamkeit sicher zu sein. Die Korruptionsvorwürfe an die CSU verhalfen ihm bereits Ende 2006 zu einer ersten überregionalen Wahr-

nehmung. Im August 2008 schlug er vor, Großkonzerne aufgrund ihrer Monopolstellung zu zerschlagen. Dies brachte ihn kurz vor der Landtagswahl in Bayern zweimal in die Medien. Das erste Mal mit der Aussage selbst und das andere Mal bei seinem Dementi. Aiwanger stellte damals klar, dass die Freien Wähler doch keine Kommunisten sind (SZ 20.08.2008: 41). Im August 2011 stieß er dann seine möglichen rot-grünen Koalitionspartner in Bayern vor den Kopf. Der anhaltende Boom der Region München verleitete ihn zur Aussage, dass München nicht weiter wachsen darf.

Die Ablehnung der derzeitigen Euro-Rettungspolitik kann als ein erneuter Tabubruch angesehen werden. Aiwanger wirft der *schwarzrotgrüngelben Rettungsschirmkoalition* Versagen vor. Die Freien Wähler wollen den Konsens der etablierten Parteien aufbrechen. Sie stellen sich als einzige politische Kraft dar, welche die Sorgen der Bevölkerung anspricht und auch vertritt. Sie beziehen sich dabei auf eine vermeintliche Mehrheit in der Bevölkerung, die gegen die aktuelle Rettungsschirmpolitik ist. Die Freien Wähler machen mit öffentlichen Demonstrationen und Veranstaltungen auf dieses Thema aufmerksam, welche auch von Extremisten aufgesucht werden. Die etablierten Parteien werfen den Freien Wähler vor, mit ihrer Euro-Politik die Nähe zum dumpfen Spektrum zu suchen. Aiwanger weist diese Vorwürfe entschieden zurück und geißelt eine falsche Berichterstattung der Medien, welche gezielt Unruhe in die Debatte trägt. Die mediale Empörung wertet er als Gedankenverbot seitens der politischen Elite:

„Wenn man jeden Rettungsschirmgegner als rechtsextrem bezeichnet, ist das ein politischer Wahnsinn“ (Müller 2012a: 30).

Medienfokussierte Partei

Im medialen Zeitalter betreibt jede Partei eine moderne Öffentlichkeitsarbeit. Die etablierten Parteien wie eventuelle Newcomer sind auf die modernen Massenkommunikationsmittel angewiesen. Die Freien Wähler als neue Gruppierung umso mehr, da sie bisher nur den bayerischen Landtag als Plattform zur Selbstdarstellung nutzen können. Bereits kurz nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden mahnte Aiwanger eine dürftige Berichterstattung der Medien über die Freien Wähler an. Eine der ersten Aufgaben sei es daher, den Presseboykott zu überwinden (SZ 27.03.2006: R3). Die erste große Imagekampagne erfolgte dann bereits Anfang Sommer 2006, als Aiwanger 4.000 Plakate in ganz Bayern mit seinem Konterfei und dem Spruch *Politik für Bürger, Familie und Mittelstand* aufhängen ließ. Heute konzentrieren sich die Freien Wähler eher auf die neuen Medien wie Internet, Facebook oder YouTube-Kanal. Mit diesen Mitteln lassen sich politische Botschaften in kürzester Zeit an den Mann bringen.

Die Freien Wähler orientieren ihre Themen an der aktuellen politischen Marktlage. Sie sind darauf angewiesen, um damit überregionale Aufmerksamkeit zu erhalten. Sie haben keine Lobbygruppen und können daher ohne Probleme aktuelle Themen aufgrei-

fen. Im Bund konzentrieren sie sich auf die Eurothematik und in Bayern initiieren sie derzeit ein Volksbegehren gegen Studiengebühren.

Partei einer abgrenzbaren Wir-Gruppe

Die Freien Wähler bezeichnen sich selbst als Bürger aus der Mitte der Gesellschaft. Sie sehen sich als wertkonservativ und bürgerlich-liberal. Sie stehen für den Erhalt gewachsener Traditionen, für Bürgerrechte und die Freiheit des Einzelnen (Freie Wähler 2012: 1). Die Freien Wähler wollen die bürgerliche Alternative zu den etablierten Parteien sein. Aiwanger hebt in einem Interview hervor, dass die bürgerliche Mitte eine Gruppierung braucht, die jene frustrierten Wähler auffängt, die bei Union und FDP wegb bleiben. Diese sollen nicht alle in die Wahlenthaltung oder zu Spaßparteien gehen (SZ 09.01.2012: 26). Er bezeichnet die Freien Wähler sogar als die Volkspartei der Zukunft. Sie sei eine ideologiefreie Gruppierung, die vom Arbeiter bis zum Unternehmer wählbar ist. Sie hat kein spezielles Wählerreservoir (SZ 04.01.2010: 38). Die Freien Wähler grenzen sich als Wir-Gruppe hauptsächlich gegenüber der politischen Elite ab. Aiwanger definiert die Wir-Gruppe auf dem Gillamoos-Volksfest 2012 in Abensberg wie folgt:

„Wir sind die Alternative, wir sind die Vertretung der kleinen Leute, wir stehen für wirkliche Demokratie“ (SZ 04.09.2012: 30).

„Wir sind die, die sagen, was die kleinen Leute, die Hausfrauen, die Angestellten, die Bauern und all die anderen wirklich denken“ (SZ 04.09.2012: 30).

Plebiszitär ausgerichtete Partei

Die Freien Wähler wollen mehr direkte Demokratie. Ihre Absicht ist, die Bürger vermehrt in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden. Die basisdemokratischen Einflussmöglichkeiten sollen gestärkt werden. Die Freien Wähler fordern zudem auf Bundesebene direktdemokratische Elemente wie Volksbegehren und Volksentscheid einzuführen. Das Volk soll auch in Deutschland, wie in der Schweiz, das Initiativrecht erhalten. Sie setzen sich für eine Direktwahl des Bundespräsidenten und aller Ministerpräsidenten ein (Freie Wähler 2012: 1 f.). Aiwanger sieht vor, das Amt des Ministerpräsidenten dem Parteiklüngel zu entziehen. In einem Interview vor der Landtagswahl sagte er, dass es ihm schlussendlich „um die Demokratisierung Bayerns“ (Auer 2008: 49) geht. Die Freien Wähler wollen den Bürgerwillen auf allen Ebenen unverfälscht wiedergeben (Haas 2006: R3).

Ein-Themen-Partei

Die Freien Wähler sind aufgrund ihrer kommunalen Herkunft keine klassische Ein-Themen-Partei. In den Kommunen zeigen sie eine breite sachpolitische Kompetenz. Bei diesem Punkt muss man allerdings die Trennung in regionale und überregionale

Ebene beachten. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist trotz ihres neuen Grundsatzprogramms eine Ein-Themen-Partei. Im anstehenden Bundestagswahlkampf haben sie sich dem Thema Eurokrise verschrieben. Das Thema steht im Zentrum ihrer Bundespolitik. Sie sehen darin eine Marktlücke um verunsicherte Wähler aus dem bürgerlichen Spektrum sowie Protestwähler zu gewinnen. Es wird daher mit allen Mitteln versucht dieses Thema medial auszuschlachten. Die Freien Wähler haben sich dazu sogar prominente Unterstützung geholt. Der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel und Stephan Werhahn, ein Enkel des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Werhahn, ehemaliges Mitglied der CDU, ist sogar Spitzenkandidat der Freien Wähler für den Deutschen Bundestag. Henkel und Werhahn sollen dem Anliegen der Freien Wähler die nötige Glaubwürdigkeit verleihen. Im Frühjahr 2013 präsentieren die Freien Wähler ein Kompetenzteam aus Professoren und Wirtschaftsexperten, das eine Alternative zur aktuellen Rettungsschirmpolitik der Bundesregierung aufzeigen soll (Handelsblatt Online 31.12.2012).

3.3.2 Kriterien des Rechtspopulismus

Anti-Immigrationspartei

Die Themen Einwanderung und Integration stehen bei den Freien Wähler derzeit nicht im Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit. Eine erfolgreiche Integration der Bürger mit Migrationshintergrund sehen sie dennoch als wichtige Aufgabe an. Die Freien Wähler wollen die Bildung von Parallelgesellschaften um jeden Preis verhindern. Der Staat muss daher Integrationsbemühungen einfordern und unterstützen. In diesem Zusammenhang ist die Anerkennung des Grundgesetzes als Wertgrundlage, wie die Beherrschung der deutschen Sprache unerlässlich. Die Freien Wähler fordern allerdings bei bewusster Integrationsverweigerung oder mehrfachen Gesetzesverstößen härtere Sanktionen für die Betroffenen. Sie ziehen unter diesen Umständen sogar eine Ausweisung in das Herkunftsland in Erwägung (Freie Wähler 2012: 3 ff.). Diese Haltung unterscheidet die Freien Wähler deutlich von den etablierten Parteien. Sie bestehen auch auf dem Grundsatz, dass eine Mehrstaatigkeit generell zu vermeiden ist. Die bürokratische Optionspflicht bei volljährigen Ausländern gehört ihrer Ansicht nach ebenfalls auf den Prüfstand. In ihrem Eckpunktepapier fordern sie darüber hinaus ein Einwanderungsgesetz mit klaren Zuzugskriterien.

Die Freien Wähler haben derzeit ein ernsthaftes Problem mit ihren Parteikollegen in Frankfurt am Main. Der Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im Frankfurter Rathaus Wolfgang Hübner äußerte sich in einem Internet-Kommentar zweideutig zu den NSU-Morden. Hübner distanziert sich darin zwar von der Mordserie, im gleichen Atemzug verurteilt er aber die einseitige Medienberichterstattung. Diese

würde die verschiedenen Einwandererorganisationen in ihren Forderungen gegenüber dem deutschen Staat begünstigen. Hübner führt in seinem Kommentar dazu aus:

„Wen wundert es, dass diese Situation von verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise genutzt wird, um von dem Staat zusätzliche materielle und ideelle Zuwendungen zu fordern, übrigens keineswegs ohne Erfolg“ (FREIE WÄHLER Frankfurt, 2012).

Die Landesvereinigung FREIE WÄHLER Hessen distanzierte sich von Hübner. Aiwaner erwägt sogar den Ausschluss aus der Bundespartei. Hübner möchte sich dagegen mit allen juristischen Mittel wehren. Die Freien Wähler Frankfurt haben darüber hinaus auf ihrer Internetseite eine Kolumne eingestellt mit dem zweifelhaften Titel *Wie der Islam den Westen programmiert*.

Anti-Globalisierungspartei

Die Freien Wähler Bayern fordern in ihren Leitlinien die Auswüchse der Globalisierung einzudämmen. Aiwaner sieht in der Globalisierung sogar eine Ideologie, wie sie früher auch der Sozialismus darstellte. Die Mehrheit wird von einer privilegierten Minderheit ausgebeutet. Das Hauptziel seiner Polemik ist die Börse. Die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft gehe durch immer mehr börsennotierte Bereiche verloren. Er kritisiert die negativen Begleiterscheinungen einer globalisierten Wirtschaft, wie Leiharbeit und Arbeitsplatzverlust. Es müsse an einer Überlebensstrategie gegen die Globalisierung gearbeitet werden, um die noch funktionierenden Strukturen zu sichern (Kümpfbeck 2008). Die Maxime der Freien Wähler lautet daher: „Soviel Globalisierung wie nötig, soviel Heimat wie möglich“ (Freie Wähler Bayern 2008a).

Der enthemmten Globalisierung setzen die Freien Wähler das Konzept des Regionalismus entgegen. Aiwaner bezeichnet die Regionalität sogar als das Zukunftsmodell in Zeiten einer globalisierten Welt. Kultur, Brauchtum und regionale Verwurzelung geben den Menschen in diesen Zeiten ein Gefühl von Heimat. Die Freien Wähler möchten die Regionen gezielter entwickeln (FREIE WÄHLER Landtagsfraktion 2010). Die Stabilisierung der Wirtschaft soll hauptsächlich durch eine Stärkung der mittelständischen Strukturen erreicht werden. Die Politik muss daher Rahmenbedingungen schaffen, um den kleinen und mittleren Betrieben eine echte Überlebenschance zu bieten (Freie Wähler Bayern 2008b).

Law-and-order-Partei

Die Freien Wähler stehen für eine entschlossene Verbrechensbekämpfung. Der Strafrahmen soll vollumfänglich ausgeschöpft und der Opferschutz verbessert werden. Sie fordern ein konsequentes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität (Freie Wähler 2010: 2). Bei extremistischen Straftaten darf es ihrer Meinung nach keine Verharmlo-

sung geben. Aiwanger plädiert im Falle des Rechtsextremismus sogar für ein Verbot. Das bayerische Versammlungsgesetz soll dahingehend verschärft werden, dass Neonazis öffentliche Kundgebungen nicht durch ihre Präsenz stören können (SZ 24.08.2012: 30). Die Freien Wähler stehen für hervorragend ausgestattete Sicherheitskräfte. Die Polizei und die Justiz müssen mit ausreichend Personal und Sachmitteln ausgerüstet werden. Sie bestehen auf eine von der Politik unabhängige Justiz und sprechen sich für eine Erweiterung der polizeilichen Befugnisse zum Schutz wichtiger Rechtsgüter aus. Die Freien Wähler wollen die Cyberkriminalität effektiver bekämpfen und den Jugendschutz im Internet verstärken (Freie Wähler 2012: 22 ff.).

Anti-EU-Partei

Die Freien Wähler bezeichnen sich selbst als pro-europäisch. Sie lehnen den europäischen Einigungsprozess nicht ab, sehen aber ein institutionelles Defizit auf europäischer Ebene (Freie Wähler 2012: 36). Im Europawahlkampf 2009 beklagten sie ein Demokratiedefizit und wollten Europa von Korruption und Lobbyismus befreien. Die EU-Kommission mit ihrer teils willkürlichen Kompetenzenanmaßung und maßlose Europaabgeordnete standen im Zentrum ihrer Kritik. Die Spitzenkandidatin Gabriele Pauli versprach im Falle des Einzugs die verkrusteten Strukturen aufzubrechen (Auer 2009: 38). Die Freien Wähler lehnen den Gedanken einer EU-Steuer ab und möchten die Macht des Europäischen Rats nachhaltig zurückdrängen (Freie Wähler 2012: 37).

Aiwanger setzt dem vermeintlichen Zentralismus aus Brüssel die Botschaft der Freien Wähler von Bürgernähe und Regionalität entgegen (SZ 11.12.2008: 50). Die Freien Wähler wollen die EU vom *Europa der Bürokraten* in ein *Europa der Bürger* wandeln. Sie fordern mehr direkte Demokratie und Volksentscheide auf europäischer Ebene. Die Freien Wähler wollen zudem den Einfluss der EU zurückdrängen und wieder mehr Entscheidungen auf die nationale Ebene zurückholen. Sie fordern ein Europa der Regionen, welches die regionalen Unterschiede wesentlich besser berücksichtigen kann (Freie Wähler 2012: 36 ff.).

Die aktuelle Passion der Freien Wähler ist die Eurokrise. Sie haben hierzu extra ein Pamphlet *Europa erneuern!* veröffentlicht. Sie kritisieren die Rettungsschirme der EU und lehnen Eurobonds ab. Sie fordern die Rückkehr zu den ehemaligen Stabilitätskriterien und lehnen eine Vergemeinschaftung der nationalen Schulden ab. Sie wollen ein Insolvenzrecht für europäische Staaten. Darüber hinaus halten sie als letzte Konsequenz einen Ausstieg zahlungsunfähiger Staaten aus der Eurozone für denkbar (Freie Wähler 2012: 10).

Partei des Antiamerikanismus

Ein latenter Antiamerikanismus lässt sich bei den Freien Wählern nicht erkennen.

Partei der sozialen Gratifikation

Die Freien Wähler bekennen sich zur sozialen Marktwirtschaft. Sie wollen einer drohenden sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenarbeiten. In ihrem Grundsatzprogramm mischen sich neoliberale Forderungen mit Anti-Globalisierungsressentiments. Sie möchten die bestehenden Subventionen überprüfen und sämtliche Staatsaufgaben kritisch hinterfragen. Sie mahnen vor allem einen sparsamen Umgang mit den Steuergeldern an. Der Mittelstand soll von staatlicher Bevormundung und hohen Bürokratiekosten befreit werden. Sie bejahen den Wettbewerb, die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip (Freie Wähler 2012: 8 ff.). Die Sozialpolitik der Freien Wähler zielt darauf ab, dass Arm und Reich nicht noch weiter auseinanderdriften. Jede Bevölkerungsschicht soll am Wohlstand des Landes teilhaben. Sie wollen bedürftige Bürger in Notsituationen unterstützen und drohender Altersarmut durch ein nachhaltiges Rentensystem entgegenwirken. Die Sozialversicherungssysteme sollen darüber hinaus familiengerechter ausgestaltet werden. Die Freien Wähler sprechen sich für eine faire Entlohnung aus. Wer Vollzeit arbeitet soll davon leben können und keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen (Freie Wähler 2012: 3 ff.).

4. Schlussbetrachtung

Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ging am 20. Februar 2010 aus der Bundeswählergruppe FW Freie Wähler e.V. hervor. Sie ist eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Die Freien Wähler bezeichnen sich selbst nicht als Partei, sondern als politische Vereinigung. Sie versuchen sich mit einer aggressiven Rhetorik gegenüber den Parteien abzugrenzen und stehen für eine Begrenzung des Parteieneinflusses in Politik und Gesellschaft. Die Dichotomie der Freien Wähler verläuft folgendermaßen: Wir - die Freien Wähler - mit einer sachbezogenen und ideologiefreien Politik für den kleinen, rechtschaffenen Bürger gegen die korrupten Parteien mit ihren vielfältigen Lobbyinteressen. Die Freien Wähler wollen einen schlanken Staat mit mehr plebiszitären Elementen.

Hubert Aiwanger verkörpert die Freien Wähler. Die Ämterkumulation verdeutlicht seine außerordentliche Machtfülle. Er führt die Freien Wähler mit einem autokratischen Stil. Diese haben es größtenteils seinem Engagement zu verdanken, dass sie in den bayerischen Landtag eingezogen sind. Er hat im Vorfeld die Organisationsstrukturen so verbessert, dass eine realistische Wahlchance bestand. Aiwanger ist ein politisches Talent und kommt mit seinen pointierten Standpunkten den Vorstellungen einer charismatischen Führungsperson sehr nahe. Er besitzt keinen politischen Werdegang und pflegt sein Image als Nichtpolitiker.

Die Freien Wähler beklagen den ihrer Ansicht nach erheblichen Einfluss der Großkonzerne auf die Politik. Aiwanger kritisiert deren Monopolstellung. Er will die börsennotier-

ten Unternehmen zurückdrängen und stattdessen den Mittelstand stärker fördern. Aiwanger versteht das Spiel mit der rhetorischen Zuspitzung. Er setzt gezielte Tabubrüche, um sich der medialen Aufmerksamkeit sicher zu sein. Die Ablehnung der derzeitigen Euro-Rettungspolitik kann als Tabubruch angesehen werden. Die Freien Wähler werfen der *schwarzrotgrüngelben Rettungsschirmkoalition* Versagen vor. Sie stellen sich als einzige politische Kraft dar, welche die Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt. Sie berufen sich auf eine vermeintliche Mehrheit in der Bevölkerung, die gegen die aktuelle Rettungsschirmpolitik ist. Die mediale und politische Empörung werten sie als Gedankenverbot seitens der politischen Elite.

Die Freien Wähler orientieren ihre Themen an der aktuellen politischen Marktlage, um damit mediale Aufmerksamkeit zu erhalten. Sie sind als Newcomer besonders auf eine regelmäßige Berichterstattung angewiesen. Die Freien Wähler sehen sich als die bürgerliche Alternative zu den etablierten Parteien. Als Wir-Gruppe grenzen sie sich gegenüber der politischen Elite ab. Sie bezeichnen sich als ideologiefreie Gruppierung, die vom Arbeiter bis zum Unternehmer wählbar ist. Den Bürgerwillen wollen sie unverfälscht wiedergeben. Die Freien Wähler fordern darüber hinaus mehr direkte Demokratie. Volksbegehren und Volksentscheid sollen auch auf Bundesebene möglich sein. Das Volk soll zudem das Initiativrecht erhalten. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist trotz ihres Grundsatzprogramms eine Ein-Themen-Partei. Im kommenden Bundestagswahlkampf setzen sie auf das Thema Eurokrise und wollen dies medial ausschlagen. Es steht im Zentrum ihrer Bundespolitik.

Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER weist klare Konturen einer populistischen Partei auf, wie die Abb. 11 zusammenfassend darstellt.

Abbildung 11: Populistische Kriterien der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

Anti-Partei-Partei	Ja	(ideologiefreie Politik vs. korrupte Parteien)
Partei einer charismatischen Führungspersönlichkeit	Ja	(Hubert Aiwanger)
Anti-Establishment-Partei	Ja	(Anti-Großkonzerne)
Partei des Tabubruchs	Ja	(in der Person Hubert Aiwanger; gegen Rettungsschirme der EU)
Medienfokussierte Partei	Ja	(mit Einschränkungen, lokal)
Partei einer abgrenzbaren Wir-Gruppe	Ja	(wertkonservativ; bürgerlich-liberal)
Plebiszitär ausgerichtete Partei	Ja	(direkte Demokratie; Initiativrecht)
Ein-Themen-Partei	Ja	(mit Einschränkungen - Eurokrise)

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Frage ist allerdings, ob die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER auch zur rechtspopulistischen Parteienfamilie gehört. Die Freien Wähler sehen eine erfolgreiche Integration der Bürger mit Migrationshintergrund als wichtige Aufgabe an. Im Unterschied zu den etablierten Parteien plädieren sie allerdings bei bewusster Integrationsverweigerung für härtere Sanktionen. Eine Ausweisung in das Herkunftsland schließen sie als letzte Konsequenz nicht aus. Sie fordern die Auswüchse der Globalisierung einzudämmen. Der enthemmten Globalisierung setzen sie das Konzept des Regionalismus entgegen. Eine Stabilisierung der Wirtschaft soll hauptsächlich durch eine Stärkung der mittelständischen Strukturen erreicht werden. Die Freien Wähler stehen für eine entschlossene Verbrechensbekämpfung. Der Strafraum soll vollumfänglich ausgeschöpft und zusätzlich die polizeilichen Befugnisse erweitert werden. Sie wollen die Polizei und die Justiz mit ausreichend Personal und Sachmitteln ausstatten.

Die Freien Wähler besitzen einen latenten Euroskeptizismus. Sie sehen ein schweres institutionelles Defizit auf europäischer Ebene und kritisieren die Kommission, das Europäische Parlament und den Europäischen Rat. Sie wollen den Einfluss der EU zurückdrängen und wieder mehr Entscheidungen auf die nationale Ebene zurückholen. Dem Zentralismus aus Brüssel setzen sie ihre Bürgernähe und Regionalität entgegen. Ihre aktuelle Passion gilt der Eurokrise. Sie beanstanden die Rettungsschirme der EU und lehnen Eurobonds ab. Die Freien Wähler bekennen sich zur sozialen Marktwirtschaft. Sie verfolgen allerdings eine Doppelstrategie. In ihrem Grundsatzprogramm mischen sich neoliberale Forderungen mit Anti-Globalisierungsressentiments. Sie sprechen somit eine breite Wählerschicht an, die von Globalisierungsgewinnern bis zu Modernisierungsverlierern reicht.

Abbildung 12: Rechtspopulistische Kriterien der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

Anti-Immigrationspartei	Nein	(mit Einschränkungen; FW Frankfurt)
Anti-Globalisierungspartei	Ja	(Globalisierung eindämmen; Regionalismus)
Law-and-order-Partei	Ja	(mit Einschränkungen; Sicherheitskräfte besser ausstatten)
Anti-EU-Partei	Ja	(Euroskeptizismus; gegen Rettungsschirme der EU)
Partei des Antiamerikanismus	Nein	(keine Anhaltspunkte)
Partei der sozialen Gratifikation	Ja	(Vertreter der <i>kleinen Leute</i>)

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist zum heutigen Zeitpunkt noch keine rechtspopulistische Partei. Das Thema Immigration wird von der Parteispitze bisher konse-

quent ausgeklammert. Die Satzung der Freien Wähler besagt, dass nur Mitglied werden kann, der bisher keiner extremistischen Organisation angehört hat. Dieser Unvereinbarkeitsbeschluss zielt vor allem auf ehemalige Mitglieder rechtsextremer Parteien. Aiwanger geht insb. gegen *rechte* Tendenzen energisch vor. Er will um jeden Preis eine rechte Stigmatisierung verhindern. Dies bekommen derzeit seine Parteikollegen in Frankfurt am Main zu spüren. Die Freien Wähler stellen dagegen die Europäische Union in den Mittelpunkt. Ihre kommunalpolitische Herkunft bedingt, dass sie eine tief verwurzelte Abneigung gegen zentralistische Tendenzen haben. Sie sehen das Heil in einem neuen Regionalismus. Die Freien Wähler bewegen sich durch ihre aggressive Rhetorik gegenüber europäischen Institutionen in Richtung einer rechtspopulistischen Partei. Die Frage wird letztendlich sein, wie lange sich die an der Basis keimende Immigrationsthematik unterdrücken lässt. Die Charakterisierung der Freien Wähler stellt sich dann neu.

Literaturverzeichnis

Auer, Katja, 2008: Populist und Biedermann. Süddeutsche Zeitung, 18. September, S. 49.

Auer, Katja, 2009: Paradiesvogel und Populistin. Süddeutsche Zeitung, 28. Mai, S. 38.

Bauer, Werner T., 2012: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, [pdf] in: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf [abgerufen am 22. Dezember 2012].

Behnke, Joachim, 2012: Wahlsystem und Freie Wähler, in: *Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens* (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative. Baden-Baden, S.111-124.

Bergsdorf, Harald, 2000: Ungleiche Geschwister. Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN). Frankfurt am Main.

Betz, Hans-Georg, 1996: Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa, in: *Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R.* (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen, S.363-373.

Breitenfellner, Cordula, 2012: Erweiterung des politischen Tätigkeitsfeldes und Transformationstendenzen innerhalb der Freien Wähler, in: *Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens* (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative. Baden-Baden, S.227-238.

Butterwegge, Christoph, 2002: Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau.

BVerfG, 2011: Bundesverfassungsgericht. Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht verfassungswidrig, [online] in: <http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg11-070.html> [abgerufen am 06. Januar 2013].

Decker, Frank, 2004: Der neue Rechtspopulismus. Opladen.

Eith, Ulrich, 2012: Ideologiefreie Sachpolitik oder populistischer Protest? Freie Wähler auf Landes- und Bundesebene, in: *Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens* (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative. Baden-Baden, S.147-156.

Falter, Jürgen, 2003: Protest- oder Überzeugungswähler? Zu den Motiven der Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, [pdf] in: http://www.satztechnik-kempken.de/druckvorstufe/ws_informationen65.pdf [abgerufen am 22. Dezember 2012].

Fehndrich, Martin/Zicht, Wilko/Cantow, Matthias, 2011: Bundestagswahlrecht, [online] in: <http://www.wahlrecht.de/lexikon/history.html> [abgerufen am 06. Januar 2013].

Freie Wähler Bayern, 2008a: Pressemitteilung. Politik muss mehr auf Mittelstand und Regionalität setzen, [online] in: <http://www.fw-bayern.de/presse/archiv/2008/23-januar/> [abgerufen am 05. Januar 2013].

Freie Wähler Bayern, 2008b: Pressemitteilung. Aiwanger: Wieder mehr auf Mittelstandsstrukturen setzen, [online] in: <http://www.fw-bayern.de/presse/archiv/2008/1-august/> [abgerufen am 05. Januar 2013].

Freie Wähler Bayern, 2011: Pressemitteilung. FREIE WÄHLER Bayern und Bund fusionieren, [online] in: <http://www.fw-bayern.de/presse/archiv/2011/freie-waehler-bayern-und-bund-fusionieren/> [abgerufen am 06. Januar 2013].

FREIE WÄHLER Frankfurt, 2012: Die „NSU“-Morde werden politisch instrumentalisiert, [online] in: <http://freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=408> [abgerufen am 04. Januar 2013].

FREIE WÄHLER Hessen, 2012: FW FREIE WÄHLER Hessen e.V., [pdf] in: <http://www.fw-hessen.de/waehlergruppe/fw-freie-waehler-hessen-ev?format=pdf> [abgerufen am 06. Januar 2013].

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, 2010: Pressemitteilung. Freie Wähler für mehr Regionalität in Bayern, [online] in: <http://www.fw-landtag.de/pm-landtagsfraktion/2010/auftakt-herbstklausur-nuernberg/> [abgerufen am 05. Januar 2013].

Freie Wähler, 2009: Satzung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER [pdf] in: <http://www.freiewaehler.eu/wp-content/uploads/2012/08/Satzung-Bundesvereinigung-2012-06-16.pdf> [abgerufen am 02. Januar 2013].

Freie Wähler, 2010: Politische Ziele - Grundsatzprogramm [pdf] in: <http://www.freiewaehler.eu/wp-content/uploads/2011/12/Politische-Ziele-der-FW-Bundesvereinigung.pdf> [abgerufen am 02. Januar 2013].

Freie Wähler, 2012: „Unsere Demokratie erneuern - der Mensch im Mittelpunkt!“. Grundsatzprogramm der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER [pdf] in: <http://www.freiewaehler.eu/wp-content/uploads/2012/10/Grundsatzprogramm-Stand-2012-10-20.pdf> [abgerufen am 02. Januar 2013].

Grumke, Thomas, 2007: Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff - Ideologie - Struktur, in: *Glasser, Stefan/Pfeiffer, Thomas* (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe - Methoden - Praxis der Prävention. Bonn, S.19-35.

Haas, Claudia, 2006: 50 Jahre als Parteilose mitgemischt. Süddeutsche Zeitung, 07. August, S. R3.

Hadler, Markus, 2004: Modernisierungsverlierer und -gewinner, [pdf] in: http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2004_1_Hadler.pdf [abgerufen am 19. Dezember 2012].

Haider, Jörg, 1994: Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik. Frankfurt am Main.

Handelsblatt Online, 31.12.2012: Freie Wähler schielen nach Berlin, [online] in: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spitzenkandidaten-gefunden-freie-waehler-schielen-nach-berlin/7573378.html> [abgerufen am 04. Januar 2013].

Hartleb, Florian 2004: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden.

Hartmann, Martin, 2011: Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch. München.

Holtkamp, Lars/Eimer, Thomas R., 2006: Kommunale Wählergemeinschaften in Deutschland, in: *Jun, Uwe* (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt (u.a.), S.249-276.

Jascke, Hans-Gerd, 2001: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden.

Kümpfbeck, Andrea, 2008: Der Spitzenkandidat ist erfrischend bodenständig. Augsburger Allgemeine [online] 19. August, in: <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Der-Spitzenkandidat-ist-erfrischend-bodenstaendig-id4026311.html> [abgerufen am 05. Januar 2013].

Landtagswahl NRW, 2012: Landtagswahl am 13. Mai 2012: 17 Landeslisten zugelassen, [pdf] in: http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Buergerbeteiligung/Wahlen/120414zulassungII_.pdf [abgerufen am 06. Januar 2013].

Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens, 2012: Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften aus parteienwissenschaftlicher Perspektive, in: *Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens* (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative. Baden-Baden, S.9-24.

Müller, Frank, 2012a: „Eine infame Unterstellung“. Süddeutsche Zeitung, 12. Oktober, S. 30.

Müller, Frank, 2012b: Der ziemlich sichtbare Dritte. Süddeutsche Zeitung, 25. Juni, S. 34.

Naumann, Ingo, 2012: Wählergemeinschaften in einer Parteiendemokratie. Ihre Stellung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Nohlen, Dieter, 2009: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. Opladen.

Roßner, Sebastian, 2012: Parteien wider Willen - Von Wählervereinigungen und einer subjektiven Komponente des Parteibegriffs, in: *Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens* (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative. Baden-Baden, S.125-146.

Saarbrücker Zeitung, 28.03.2012: Streit im Lager der Freien Wähler geht in eine neue Runde, [online] in: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/saarland/Streit-im-Lager-der-Freien-Waehler-geht-in-eine-neue-Runde;art2814,4239009#.UOINvqyfZF9> [abgerufen am 06. Januar 2013].

Schneider, Christian, 2006: Freie Wähler machen Außenseiter zum Chef. Süddeutsche Zeitung, 27. März, S. 41.

Schröder, Valentin, 2011: Deutschland seit 1945. Bundestagswahlen. Gesamtergebnisse (Zweitstimmen), [online] in: <http://www.wahlen-in-deutschland.de/buBTW.htm> [abgerufen am 06. Januar 2013].

Sebald, Christian, 2011: Augen zu und Attacke. Süddeutsche Zeitung, 14. Januar, S. 31.

Spier, Tim, 2010: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden.

Stöss, Richard/Hass, Melanie/Niedermayer, Oskar, 2006: Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel, in: *Niedermayer, Oskar* (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden, S.7-41.

Stuttgarter Zeitung, 11.11.2010: Klage gescheitert. Namensstreit bei Freien Wählern, [online] in: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.namensstreit-bei-freien-waehlern-klage-gescheitert.26445d65-3082-4ece-93a1-147403355404.html> [abgerufen am 05. Januar 2013].

Süddeutsche Zeitung, 05.10.2012: Pfundskerl, S. 34.

Süddeutsche Zeitung, 04.09.2012: Zeltfrauentag, S. 30.

Süddeutsche Zeitung, 24.08.2012: Abwehrversuche gegen Neonazis, S. 30.

Süddeutsche Zeitung, 09.01.2012: Aiwanger hat Berlin im Visier, S. 26.

Süddeutsche Zeitung, 21.09.2011: Freie Wähler ohne Koalitionsaussage, S. 30.

Süddeutsche Zeitung, 13.08.2010: Freie Wähler attackieren Seehofer, S. 27.

Süddeutsche Zeitung, 04.01.2010: Freie Wähler wollen die SPD überrunden, S. 38.

- Süddeutsche Zeitung, 11.12.2008:** Freie Wähler blicken nach Brüssel, S. 50.
- Süddeutsche Zeitung, 29.09.2008:** Freier Fall aus den weiß-blauen Höhen, S. 3.
- Süddeutsche Zeitung, 20.08.2008:** „Westtaschen-Lafontaine“, S. 41.
- Süddeutsche Zeitung, 14.08.2008:** Aiwanger will große Konzerne bekämpfen, S. 49.
- Süddeutsche Zeitung, 17.01.2007:** Aiwangers Schweigen, S. 33.
- Süddeutsche Zeitung, 27.03.2006:** Die neuen Töne und die alte Garde, S. R3.
- Thym, Rolf, 2006a:** Ein Ausflug ins Reich der politischen Träume. Süddeutsche Zeitung, 23. Oktober, S. 49.
- Thym, Rolf, 2006b:** Aiwangers Mission. Süddeutsche Zeitung, 21. Oktober, S. 45.
- Wikipedia, 2013a:** Logo Bundesverband FREIE WÄHLER Deutschland e.V., [online] in: http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesverband_Freie_W%C3%A4hler_Deutschland [abgerufen am 06. Januar 2013].
- Wikipedia, 2013b:** Logo Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, [online] in: http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesvereinigung_Freie_W%C3%A4hler [abgerufen am 06. Januar 2013].
- Winter, Marcel/Hintze, Patrick, 2010:** Kommunale Wählergemeinschaften in Nordrhein-Westfalen, [pdf] in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_21505-544-1-30.pdf?110121101043 [abgerufen am 25. Dezember 2012].

Erklärung

„Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und sie oder Teile davon auch nicht anderswo bereits zur Bewertung eingereicht habe.“

München, den 11. Januar 2013

Ort, Datum

Roman Waizenegger